LH
48
Sep.

G 2190
2H 48
Sep.

Urtel

in

Untersuchungssachen

gegen den

Fürstlich-Lippischen Regierungs- und Kammer-Präsidenten von Hoffmann

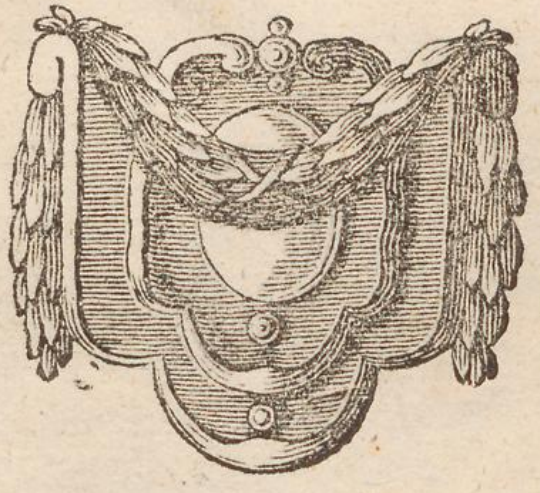
mit

den Entscheidungsgründen

und

einer Erzälung ihres Anlasses.

Verf.: Ferd. Bernh. v. Hoffmann



ÖFFENTL. BIBLIOTHEEK
ZU DETMOLD

1792.

LH 48

Ich übergebe hier dem Publikum eine Urtel mit Entscheidungsgründen, die nach einer Untersuchung kam, welche auf mein eigenes Verlangen vom Höchstpreißlichen Reichskammergerichte verordnet wurde. Ich finde mich dazu gezwungen, weil die Beschuldigungen, die ihr Gegenstand sind, sich auch ins auswärtige Publikum verbreitet haben, und weil ich wenigstens warheitliebende, rechtschaffene Männer überzeugen möchte, wie wenig ich sie verdiene. Gerne hätte ich sie hingegeben, ohne selbst ein Wort dazu zu sagen; aber kein Auswärtiger hätte begriffen, wie Alles so wurde, wie es worden ist; wie es kam, daß ein Mann, der sieben und zwanzig Jahre lang in seinem Amte das unumschränkte Vertrauen der Regenten, und selbst des lezten regierenden Fürsten genossen, nun auf einmal alles Vertrauen verlor, und der abscheulichsten Dinge beschuldigt werden konnte.

Anfangs war ich entschlossen, die Geschichte dieser Veränderung ganz zu beschreiben, wie sie war, und Alle zu nennen, die sie bewirkten: aber ich hätte Menschen öffentlich verunglimpfen müssen; und das will ich um mein selbst willen nicht. Ich würde zwar nichts als Warheit sagen, da sie nichts als Unwarheit verbreiteten; aber ich gönne es ihnen allein dies Vergnügen, andern weh zu machen, habe es ihnen nie nachfülen wollen, will dies auch jezt nicht. Nur zum besseren Verstehen der Urtel und ihrer Entscheidungsgründe, zum Begreifen meines unerwarteten Schiksals will ich erzälen, wie dies Schiksal ward, und wie und aus welchen Triebfedern dafür gehandelt wurde.

Aus dem Gräflich Bentheim-Steinfurtischen Dienste, in dem ich als Regierungsrath stand, wurde ich im Jahre 1763 von meinem, in Gott seeligen Landesherrn, dem Grafen Simon August zur Lippe als Regierungsrath in mein Vaterland zurük berufen, und kam durch verschiedene Stufen zu meiner jezigen Stelle. Dieser in den Herzen seiner Unterthanen noch stets verehrte Herr bezeugte mir aber auch immer über meine Dienste seine Zufriedenheit; und unter allen Belohnungen, die mir dafür kamen, war sein Vertrauen für mich die aufmunterndste. Auch von dessen

sen ältestem Herrn Bruder, dem nachher als Vormund regierenden Herrn Grafen Ludwig zur Lippe genoß ich dies Vertrauen, wie ich mit herzlicher Dankbarkeit erkenne; und unbegränzt war es bei Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem jezigen Fürsten. So kann ich es mit Warheit nennen. Auch nach dessen Regierungsantritt, der im September 1789 erfolgte, dauerte dies Vertrauen fort. Seine Gnade war so ausgezeichnet, daß sie mich oft in Verlegenheit sezte; bis zu seinem Aufenthalt in Meyenberg (Juny 1790) erhielt ich eine Menge Beweise davon, die ich nachher dem Höchstpreißlichen Kammergericht in schriftlichen Urkunden vorlegen mußte, und jezt nicht wieder aufzälen mag *).

An mir lag also wol die Schuld nicht, als Seine Ungnade gegen Ende Julius 1790 merklich wurde, und bald darauf so schrecklich ausbrach. Wer den Gang in der Welt kennt, räth gleich auf widrige Einflößung; und so wars auch.

Aus bekannten Ursachen kam eine gewisse Person in besondere Gunst; zu ihrer Familie gehört

*) Man sehe zum einzigen Beispiel die Entscheidungsgründe ad II, 5. litt. f.

hört ein Mann, der im Jahr 1782 bei dem Anfang lezter vormundschaftlicher Regierung seines Dienstes entlassen worden war. Die Entscheidungsgründe sagen über die Ursachen das Nöthige; ich berühre also davon weiter nichts, als daß ich damals bitten mußte, entweder Ihm, oder mir den Abschied zu geben; und daß nach dem Wunsche Hochlöblicher Landstände von dem damals hohen vormundschaftlichen Regenten das Erstere gewält wurde. Er privatisirte ferne von hier, weil er auch die nachher anderwärts angetretenen Dienste wieder verlassen hatte. Daß er durch die Familie Nachricht von der neuen Gunst erhielt; und daß darauf zu meinem Schaden Plane gebaut wurden, läßt sich leicht denken, und die Folge zeigt es auch deutlich genug. Für gleichen Zwek wirkte ein Günstling anderer Art, von dem ich nie etwas anders als Freundschaft erwartete, weil ich sie ihm immer bewies; der aber auch meine Entfernung wünschte, weil ich alle seine Plane nicht befördern konnte, und wollte. So wurde der Entwurf reif, man solle das Vertrauen, das mein Fürst so ganz in mich hatte, zuerst mit den Einflößungen schwächen: „ich wolle Ihn regieren; hätte „schon unter vorigen Regierungen so dreiste Anmaßungen gehabt; hätte mir Anhänger durch Beförderung übermäßiger Besoldungen und Pensionen

„gemacht,

„gemacht, dadurch den Etat so sehr belastet, daß „dem Fürsten nun für Sein Vergnügen nichts übrig „sey; wolle mich Diesem immer widersezen u. s. w." Dies geschah; und es wirkte auf den Fürsten, wie es natürlich war, da sich seine traurige Gemüthskrankheit schon zu entwickeln anfing. Als ich endlich, aufgefodert durch Pflicht und Gewissen, gegen ein gewisses, jener Familie vortheilhaftes, sonst aber sehr schädliches Vorhaben im Ton eines treuen Dieners dem Fürsten eine Vorstellung übergab, so wurde dies den Verbundenen Losung, dreister mit ihrem Plane hervorzurücken, daß ich von meinem Posten weggebracht werden, und der ehemals verabschiedete Verwandte in denselben eintreten solle. Es gesellten sich aus mancherlei Absichten Mehrere zu den Verbundenen, und nun wurde für gut befunden, meinen Bruder, den Oberamtmann Hoffmann, ohne irgend eine, auch nur angegebene sträfliche Handlung, zu verabschieden, damit ich dadurch gereizt würde, auch meinen Abschied zu fodern. Denn das schien den Verbündeten damals doch noch sicherer, als faktisches Verabschieden meiner selbst. Vielleicht wäre der Plan gelungen, wenn mich nicht Zureden einiger hohen Verwandten des Fürsten, und selbst schriftliches Begehren der Herrn Deputirten

der Landstände *) bestimmt hätten, auf meinem Posten zu bleiben. Ich blieb auch diesem Vorsaz treu, ob ich gleich hofte, man würde meinen Bruder wenigstens schadlos halten, weil dem Fürsten selbst in guten Stunden das, ihm angethane, Unrecht weh that, und wirklich deßfalls ohne meine Einmischung unterhandelt wurde; und obgleich auch diese Hofnung vergebens war.

Statt des, so gescheiterten Plans wurde aber nun ein anderer. Eingeleitet war schon eine Korrespondenz zwischen Seiner Durchlaucht, dem Fürsten, und dem Verwandten der begünstigten Familie; und dieser beschrieb mich in seinen Briefen als einen Mann, der des ihm bisher bezeigten Zutrauens so ganz unwürdig sey, dem in der Finanz- und Justizverwaltung so Vieles zur Last falle, daß er es für eine besondere Gnade erkennen müsse, wenn er deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werde. In dieser Wendung rieth er, klug genug, um einzusehen, daß man so etwas zwar sagen, und dadurch auf den kranken Fürsten wirken, aber nicht beweisen könne, mir entweder nach meiner Bestallung den Dienst aufzukündigen, oder mich so zu behandlen, daß ich den Abschied von selbst nehmen müsse. Zugleich

*) S. Anlage A.

gleich schlug er vor, meinem Bruder durchaus keine Pension zu bewilligen, und erbot sich zu einer Zusammenkunft, wo der Fürst sie wolle. Der Fürst nahm das Erbieten an, und die Verbündeten freuten sich jezt ihres gelungenen Plans, daß der Schlag von außen unabänderlich auf mich kommen solle, und Niemand um den Fürsten sey, der Ihn etwa zurükhalten könne.

Der hiesige Günstling, der wissenschaftlich von schon gewordener trauriger Gemüthskrankheit des Fürsten überzeugt seyn mußte, rieth und wünschte Glük zur Reise und volle Erreichung ihres Zweks. Und so trat der unglükliche, schon so kranke Fürst in Begleitung eines Einzigen Livree-Bedienten, eine weite Reise zum Wohnort des mehrgedachten Mannes an, ohne daß ein Mensch, außer den Verbundenen, ein Wort davon wußte. —

Auf der Reise brach denn die Gemüthskrankheit völlig aus; es kamen Staffetten über Staffetten, mit den härtesten Befehlen gegen mich. Ich solte unter andern in meinem Hause arretirt, und durch vier Soldaten bewacht werden. Man ahndete aber in Detmold den Ausbruch der Krankheit, verschob die Ausführung der Befehle, und that Vorstellung dagegen; doch blieb mir alles unbekannt, bis mich ein hoher und edler Verwandter des Fürsten warnte.

Jezt war es freilich nicht mehr rathsam, hier zu bleiben, mich öffentlicher Beschimpfung, dem Verlust aller, zu meiner Rechtfertigung nöthigen Papiere, und jeder Mißhandlung auszusezen, die sich in dem zerrütteten, aufgereizten Zustande des Fürsten erwarten ließ. Gleich nach erhaltener Warnung, am 24ten Sept. 1790 Abends 10 Uhr nahm ich Abschied von meiner trostlosen Familie, tröstete sie mit meiner Unschuld, und mit Gottes Beistand, der uns wieder zusammenführen werde, und reiseте die ganze Nacht durch nach Rinteln, wo ich mir von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem regierenden Herrn Landgrafen von Hessen, landesherrlichen Schuz erbat, und ihn auch erhielt. Hier blieb ich einige Wochen, um Beweise von dem gewaltsamen Verfahren gegen mich zu sammlen, und dann ein Höchstpreißliches Reichsgericht um Gerechtigkeit zu bitten. Bald erhielt ich auch die traurigen Beweise, daß ich wirklich habe arretirt werden sollen, — daß ich nebst dem Herrn Obermarschall von Donop, und meinem Schwiegersohne, dem damaligen Justiz- jezt Regierungsrath Helwing gleich nach Rükkunft des Fürsten des Dienstes entlassen, — daß solches von den Kanzeln bekannt gemacht, und auf Höchsten Befehl das Te Deum ꝛc. abgesungen worden, — daß mir noch weit mehr

Gefahr

Gefahr gedroht habe, und endlich, daß der Mann angekommen sey, den die Verbundenen an meinen Plaz stellen wolten.

Mit diesen Beweisen versehen reisete ich nach Wezlar, legte sie dem Höchstpreißlichen Kaiserl. Reichskammergerichte vor, und bat um ein Mandat und Protektorium; dies that auch der Herr Obermarschall von Donop, mein Bruder, der Oberamtmann Hoffmann, und mein Schwiegersohn, der Regierungsrath Helwing. Statt des Ersteren erhielt ich ein Schreiben um Bericht, aber mit einer Ordination zu Fortführung meines Amts, zum Fortgenuß aller damit verbundenen Emolumente, und zugleich das erbetene Protektorium auf Sr. Kön. Preußische Majestät als Herzog von Kleve*). Dankbar fülte ich hier das Glük, ein Bürger des teutschen Reichs, und so unter dem gerechten und starken Schuz Eines seiner höchsten Gerichte zu seyn. Es gab mir, was mir ohne Verurtheilung genommen war, mein Amt und meine Ehre wieder; es schüzte mich bei meinem Vermögen und bei dem freien Zugang zu den Meinigen, die ich so traurig verlassen mußte. Ich solte nur nach Gerechtigkeit verurtheilt werden; und

weiter

*) Anlage B.

weiter wolte ich nichts; denn ich war mir meiner Unschuld bewußt.

Bei den bekannten, Reichskonstitutionsmäßigen Gesinnungen des Königlich Preußischen Hofs, in Erfüllung der Reichsgerichtlichen Aufträge, konnte ich gewiß seyn, daß auch mir Vollziehung des Protektoriums werden würde, wenn der Fall dafür käme. Dies zeigte auch nachher der Erfolg. Ich hätte also sicher wieder zu den Meinigen zurükkehren können: aber ich mußte doch meine Abreise von Wezlar noch verschieben, weil die Gemüthskrankheit des Fürsten schon zu einem sehr hohen Grade gestiegen war, und die Anstellung einer so nöthigen Kuratel durch die Verbundenen gehindert, mir aber ihre Beförderung in Wezlar von Seiner Hochgräflichen Gnaden, dem Herrn Grafen Ludwig, als ältesten Oheim aufgetragen wurde. Sie kam auch, so weit es vorerst nöthig war, zu Stande. Der Herr Graf Ludwig zur Lippe wurde zum Interimskurator bestellt, und Landeskonstitutionsmäßige Kuratelwal anbefolen. Nun reisete ich von Wezlar ab, hatte aber noch unerwartete Berge von Hindernissen zu übersteigen, ehe ich zum Ziel kommen konnte.

Der Verwandte jener oft genannten Familie hatte sich, wiewol ohne Bestallung, in meinen Posten

sten eingedrungen, und wolte sich, wie man leicht denken kann, nicht daraus verdrängen lassen. Er und alle Verbundenen waren also wegen des Protektoriums und der bestellten Interimskuratel in der äußersten Verlegenheit. Der vorige Plan war abermals nicht gelungen, es mußte also ein Anderer gemacht und ausgeführt werden. Schon auf der Reise des Fürsten war eingeleitet, daß ein anderer, fremder Bediente eine Untersuchung über meine Amtsführung, und besonders über die Finanzverwaltung anstellen solte. Man hatte dazu einen Mann gewält, der ebenfalls vorher in Lippischen Diensten gestanden, aber für einen Dienstfehler, einige, jedoch sehr milde Folgen empfunden hatte, die ich, als Chef, nicht abwenden konnte. Der Mann kam wirklich in Detmold an; Jeder, der etwas gegen mich wußte, wurde zum Anzeigen aufgefodert; es wurde ihm Alles, was er foderte, aus den Registraturen gegeben; er untersuchte besonders den Zustand der Finanzen, worüber er noch vor dem völligen Ausbruch der Gemüthskrankheit des Fürsten eine schreckende Tabelle überlieferte. Das Resultat der Untersuchung, bei der kein Mitglied der Kammer auch nicht einmal um Erläuterung gefragt wurde, war, daß sich unter meiner Direktion die Schulden um viele hunderttausend Thaler vermehrt hätten,

und

und jezt eine Debitkommission fast unvermeidlich sey. Ueber den Grund oder Ungrund der Beschuldigung erlaube ich mir kein Wort, weil die Entscheidungsgründe der Urtel statt meiner reden. Indeß wurde der, schon durch Krankheit aufgereizte Fürst natürlich dadurch noch mehr aufgebracht; und dies gab den Verbundenen Lust, noch nach mehreren Fehlern in meiner Amtsführung zu haschen. In ihrer Mitte fand sich ein 80jähriger Mann, der eine Menge von Beschuldigungen zusammenschrieb; Andere machten noch Zusäze, und nun glaubte man, das Gebäude fest genug aufgeführt zu haben, das mich zertrümmern solte. Indeß konnte der kranke Fürst nichts mehr ausführen; es wurde also ein Hochgräflicher Agnate gewonnen, der sich vorher nie um Landesregierung bekümmert, sondern an ihren guten Gang geglaubt hatte, jezt aber, durch Vorspiegelungen irre geleitet, den Ruin seines ganzen Hauses fürchtete. Natürlich mußte Ihn das zu den Verbundenen und ihren Planen hinziehen, Ihm dabei Meinung werden, daß Mitwirkung dabei, gutes, verdienstliches Werk sey. Unter Seinem Namen und vorgeblich auf Seinen Befehl wurden nun die gefahrdrohenden Berechnungen über das Schuldenwesen im Lande verbreitet, nahes Unglük prophezeiet, und ich als der Urheber davon bei den Landleuten

leuten ausgeschrieen. Alle, gegen mich zusammengebrachte Beschuldigungen wurden vertheilt, und es wurden brauchbare Emissärs dazu gewält, wo man es nicht selbst konnte. Die neue, nach dem Maasstabe des Güterertrags getroffene Kontributionseinrichtung, hatte die wolhabendsten Unterthanen in manchen Aemtern, die vorher verhältnißmäßig zu wenig bezalt hatten, natürlich am meisten getroffen; sie waren also dagegen aufgebracht, und sie wurden auch vorzüglich zu Aufregung einer Gährung gewält, die nun leicht weiter greifen konnte, da man mich als den Urheber der neuen Kontributionseinrichtung nicht nur, sondern auch als Urheber von einer nöthigen, allgemeinen, jedoch nur temporellen, mit dem Jahre 1798 wieder zu Ende gehenden Personensteuer ausschrie, ob sie gleich von den Landständen bewilligt ward. Und so kamen denn von Unterthanen auf dem platten Lande heftige Beschuldigungsschriften, selbst solche, die auf den Fall meiner Wiedereinsezung drohend waren, zum Vorschein. Doch dies alles konnte die Verbundenen noch nicht zum Ziele bringen. Fiel die Kuratelwal auf Seine Hochgräfliche Gnaden, den Herrn Grafen Ludwig; so wußte man voraus, daß Er die, mir gewordene, Ordination in Erfüllung bringen würde. Er hatte schon den Mann, der sich in meinen Posten gedrun-

gen hatte, wieder abtreten heißen, weil Er in dem hochverehrlichen Dekret von Wezlar von dem Walgeschäfte ausgeschlossen war. Alles mußte also angewendet werden, daß nicht der älteste Agnate, der gewesene vormundschaftliche Landesregent, und jezt von einem Reichsgerichte bestellte Interimskurator gewält wurde, sondern der Hochgräfliche Agnate, der an der Spitze der Verbundenen stand. Und es geschah auch Alles dafür.

Der gewesene Vormund und Regent wurde als mein ehemaliger und jeziger Beschüzer dargestellt; seine vormundschaftliche Regierung frech getadelt, und den aufgereizten Unterthanen prophezeiet, daß unter Ihm alle meine Landesverderbliche Handlungen ununtersucht bleiben, auch Alles wieder in den vorigen, verderblichen Gang kommen werde. Dies wurde auch geglaubt; man fürchtete von meiner Wiedereinsezung das allerschlimmste, und die irre geleiteten Unterthanen gingen so weit, daß sie sich, ganz gegen die Landeskonstitution, in das Walgeschäfte mischten, in übergebenen Schriften sehr derbe erklärten, wer Kurator und Landesadministrator werden müsse.

Kurz vor meiner Abreise von Wezlar erfuhr ich dieses alles von den Meinigen, die mich zugleich warnten, nicht gleich wieder nach Detmold zu kommen,

weil

weil ich mich sonst den Ausbrüchen einer gewordenen Unterthanenaufreizung aussetzen könnte. Unbegreiflich war es mir, daß Haß der Unterthanen so gegen mich seyn sollte; denn bewußt war ich mir, daß ich keinem mit Vorsaz Unrecht, und dem Lande keinen Schaden gethan habe. Auch war es mir unglaublich, daß sie sich gegen meine Wiedereinsezung wirklich auflehnen solten. Das mir gewordene Protektorium war ihnen bekannt; der Königl. Preußische Herr Kreisdirectorialgesandte von Dohm hatte auch schon ein Ankündigungs-Schreiben an Se. Hochgräfl. Gnaden, den Herrn Grafen Ludwig, als Interims-Kurator, erlassen; auf geschehenen Widerstand würde also Erfüllung dieses kraftvollen Protektoriums zum Schaden für ihre Person oder für ihr Vermögen gefolgt seyn. Und dazu haben die Lippischen Unterthanen zu viel zu verlieren, als daß sie sich einer solchen Gefahr muthwillig aussetzen solten. Ich dachte mir vielmehr die Sache als ein, von den Verbundenen ausgebreitetes Gerücht, bei dem sie wenigstens blos die Absicht hätten, mich in Furcht zu setzen, damit ich es nicht wagte, auf meinen Posten zurük zu kommen. Anders konnten sie die Folgen der erhaltenen Ordination nicht abwenden. Die Aufwieglungen machten also auf mich den gehoften Eindruk nicht, ob sie gleich so viel droheten, daß

von dem Höchstpreißlichen Kaiserlichen Reichskammergericht literae patentes dagegen erkannt waren *). Weil indeß vor Vollziehung der Kuratelwal meine Wiedereinsezung nicht wohl geschehen konnte; so blieb ich vorerst einige Wochen bei meinem Bruder, dem Oberamtmann Hoffmann zu Vahrenholz. Nachdem aber diese Wahl vollendet, und auf den ehemaligen Landesvormund, auch schon bestellten Interims-Kurator, den Herrn Grafen Ludwig zur Lippe gefallen war; so reisete ich sogleich nach Detmold zu den Meinigen zurük, und traf weder damals noch nachher auf Gefahren, die mir so viel gedroht worden waren.

Bei der Kuratelwahl hatten indeß die Verbundenen vielerlei Mittel für deren Lenkung nach ihrem Sinne gebraucht. Patriotische Standhaftigkeit der Regierung und der Stände hatte zwar Alles vereitelt. Aber die Stände, hatten doch, um mehreren Bewegungen zuvorzukommen, die Bedingung gemacht, daß die, gegen mich und meinen Bruder laut gemachte Beschuldigungen, die auch ihnen übergeben waren, vor unserer Wiedereinsezung untersucht werden möchten. Der erwälte Herr Kurator und Landesadministrator war von ihrer Unwarheit überzeugt; wußte,

*) Anlage C.

wußte, daß wir selbst Untersuchung wünschten, bewilligte es also gerne.

Mein Erstaunen über die angegebene Beschuldigungen war gros. — Damit indeß die Unterthanen so bald, wie möglich, aus ihrer Verblendung kämen, erklärte ich in den Lippischen Intelligenzblättern Alles für Lügen, oder doch so verstellt, daß es so gut wie Lüge sey. Zugleich versicherte ich, daß eine unpartheyische Kommission Alles untersuchen, Entscheidung dann folgen, und diese von mir bekannt gemacht werden solle.

Auch dieses eigene Verlangen einer Untersuchung wurde dem Höchstpreißlichen Kammergericht für mich und meinen Bruder vorgetragen; zugleich aber gebeten, daß mit deren Vorbehalt, ohnerachtet jener Wahlbedingung, schleunige Befolgung der Ordination für unsere Wiedereinsezung verordnet werden möge. Dies geschah auch in dem nämlichen Dekret, das die Kuratelwahl bestätigte*). Zugleich wurde aber vorgeschrieben, daß der Herr Kurator sich von den Landständen vier unpartheyische, diesem Geschäfte gewachsene, vorwurfsfreie Personen vorschlagen lassen, aus diesen zwei herauswälen, und ihnen die Untersuchung der Beschuldigungen gegen uns

*) Anlage D.

auftragen möchte. Die Akten solten dann an eine auswärtige, nicht rekusirte Juristenfakultät versendet werden, und die Vollziehung der von ihr kommenden Urtel solte ebenfalls dieser Kommission obliegen. Ich und mein Bruder wurden nun zugleich mit dem Herrn Obermarschall von Donop und meinem Schwiegersohn, dem Regierungsrath Helwing, gegen die sich keine Beschuldigung fand, wieder eingesezt, die Kommissarien vorgeschlagen, zwei herausgewält, nach meinem Bitten auf unpartheyische Untersuchung besonders eidlich verpflichtet, die Kommission eröfnet und geschlossen, die Akten versendet, und die Urtel publicirt, die hier abgedrukt ist. Wessen ich beschuldigt wurde und welchen Grund es hatte, mag nun das Publikum aus ihr und den beigefügten Enscheidungsgründen sehen.

Dieß ist die einfache Erzälung von der Entstehung des Schiksals, das mir worden ist. Ich habe mir darinnen, so viel ich weiß, nicht einmal ein Urtheil über die Handlungsart gegen mich erlaubt; ich habe nichts von dem gesagt, was aufs tiefste in mein Herz drang, nichts von dem Druk, in dem meine verlassene Familie während meiner Abwesenheit lebte, als wäre sie nach alter Weise in Bann gethan;

gethan; auch nichts von dem schmerzlichen Gefül, daß ich manche Menschen so Anders kennen lernte, die ich für meine Freunde gehalten hatte. Ich habe nur das Nöthigste erzälen wollen; stehe aber für die Warheit jeder Erzälung dem Publikum öffentlich. Jeder von denen, die sie trift, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er mich etwa durch Läugnen nöthigt, ihn öffentlich zu nennen, oder mehr zu sagen, als ich hier gesagt habe. —

Gott danke ich aufs inbrünstigste, daß Er mir Leben, Gesundheit, Kraft und Beistand zu Vertheidigung meiner Ehre und ganzen zeitlichen Wolfahrt gab, die man zernichten wolte.

Ehrfurchtsvoll danke ich dem Höchstpreißlichen Reichskammergerichte für die Gerechtigkeit, die Höchstdasselbe mich in meinem harten Schiksale finden ließ, und es dadurch zu so gutem Ausgange lenkte.

So danke ich ebenfalls mit gerührtem Herzen Seiner Hochgräflichen Gnaden, dem hohen Herrn Kurator und Landesadministrator, daß Höchstderselbe sich meiner Unschuld so kräftig annahm; und auch den übrigen hohen Verwandten

ten des Lippischen Hauses, für die Theilnehmung und mannigfaltige Unterstützung, die ich bei Ihnen fand.

Endlich danke ich, mit dem lebhaftesten Gefül dessen, was ich ihnen dafür schuldig bin, den redlichen Männern, die zur Aufklärung meiner Unschuld im Wege Rechtens, und sonst, so rechtschaffen halfen; zugleich aber bitte ich Gott, daß Er über Keinen, der in seinem Wirkungskreise das zu seyn strebt, was er seyn soll, ein so hartes Schiksal, als mich traf, kommen lassen wolle.

Detmold den 12ten May 1792.

von Hoffmann.

Urtel,

Urtel,

publicirt Detmold den 23 April 1792.

Coram commissione.

Als uns die in Sachen der hochlöblichen Landstände der Grafschaft Lippe-Detmold, sodann des Raths und Hofgerichts-Assessors Müllers zu Detmold und der so benannten Deputirten der Lippe-Detmoldischen Landesunterthanen, Knollmanns und Consorten, Impetranten und Denuncianten an einem, entgegen den Herrn Regierungs- und Kammerpräsidenten Ferdinand Bernhard von Hoffmann zu Detmold, Impetraten und Denunciaten am andern Theil, verhandelten Commissions-Acten, nebst einer Frage zugeschickt und darüber unser rechtliches Erkenntniß verlanget worden; demnach sprechen Wir für Recht: daß, bewandten Umständen nach, impetrantische Landstände so wenig, als codenunciantischer Rath und Hofgerichts-Assessor Müller die, in denen unter den Anlagen zum General-Com-

missionsprotocoll Num. 7. & sub Num. 2. 5. & 12 befindlichen Eingaben des Hochseel. Herrn Grafen Wilhelm Albrecht Augusts zur Lippe, und der sogenannten Deputirten der Landes-Unterthanen, dem Denunciat gemachten Beschuldigungen weiter, als sie sich solche in dem General-Commissionsprotocoll Seite 146 und folg. und in der unter den Anlagen zu diesem Protocoll sub Num. 23 anzutreffenden Vernehmlassung zu eigen gemacht, zu vertreten, die Denunciantische sogenannte Deputirten hingegen solche ihres Theils zu begründen schuldig. Dieweil aber letztere solches zu thun nicht vermocht, auch bey der nichts destoweniger Amtshalber angestellten Commissarischen Untersuchung sämtlicher dem Denunciat in obangezogenen Eingaben gemachter Beschuldigungen sich deren Ungrund allenthalben ergeben; so ist Denunciat nunmehro von denselben und aller weiterer desfalsigen Verantwortung frey, ledig und los zu sprechen, immaßen er hiemit davon frey, ledig und los gesprochen wird. Demnächst sind die Landstände dem Denunciaten eine außergerichtliche schriftliche Erklärung, daß sie ihn wegen der 12ten Beschuldigung für unschuldig halten und gegen denselben keinen Verdacht hegen, der Rath und Assessor Müller aber eine dergleichen Abbitte und Ehrenerklärung zu thun gehalten, und hierüber letzterer

noch

noch mit zwanzig Rthl. in öffentliche Strafe zu nehmen; die sogenannten Deputirten hingegen mit sechswöchentlicher Zuchthausstrafe oder öffentlicher Karren- oder anderer dergleichen Arbeit zu belegen: Sie könnten und wollten denn, nach vorhergehender scharfer Verwarnung vor den Meineid und dessen schwere Strafen, sich eidlich reinigen, und daß sie die, unter den Anlagen des General-Commissionsprotocolls Num. 7. sub Num. 5. befindliche Schrift nicht fertigen lassen, auch dem Verfasser derselben deren Inhalt nicht angegeben, vielmehr auf die, von ihnen Seite 39 folg. und Seite 75 des Generalprotocolls angegebene Art selbe ihnen zugebracht und sie zu deren Unterschrift und Eingabe verleitet worden, schwören; welchenfalls sie mit vierzehntägigem Gefängniß, wechselsweise bey Wasser und Brode, zu bestrafen. Uebrigens sind die sämtlichen Untersuchungs- und Verschickungskosten von des Hochgedachten Herrn Grafen Wilhelms Erben zur einen, und den sogenannten Deputirten zur andern Hälfte nicht unbillig zu tragen. Von Rechtswegen.

Urkundlich mit Unserm Insiegel besiegelt.

(L.S.) Ordinarius, Decanus, Senior und andere Doctores der Juristenfacultät in der Universität Jena.

Zweifels- und Entscheidungsgründe.

Obwohl

I. so viel den Gang des Processes betrift,

1) die Landstände sich derer dem Präsident von Hoffmann vom Herrn Grafen Wilhelm und den sogenannten Deputirten gemachten Beschuldigungen angenommen, indem sie auf deren Untersuchung gedrungen und diese sogar bey der Ernennung des jetzigen Hochgräflichen Herrn Landesverwesers zur Bedingung gemacht, folglich ihnen die Begründung derselben allerdings, wie auch eben diese

2) dem Rath und Hofgerichts-Assessor Müller um so mehr obliegen möchte, als er, daß er des Herrn Grafen Wilhelms Schrift, worinnen die in Untersuchung gezogenen Beschuldigungen des gedachten Präsidenten enthalten, verfertiget habe, nicht in Abrede zu stellen vermocht, zumalen nach der Verordnung vom 20 September 1787

im III. Bande der Landesverordnungen S. 272. den Advocaten, sich weder beleidigender Ausdrücke

zu

zu bedienen, noch deren theilhaftig zu machen, bey Geld- Suspensions- und Cassationsstrafe untersagt ist; hingegen

3) die sogenannten Deputirten angeblich

a) unter der Versicherung des gedachten Herrn Grafen Wilhelms, wie er den Beweiß der Beschuldigungen auf sich nehmen und sie desfalls vertreten wolle, zur Unterschrift ihrer Denunciantion verleitet worden, solche auch, ihrer Meinung nach, um so unbedenklicher von ihnen geschehen mögen, als

b) die Beschuldigungen damalen gemeine Sage gewesen, zudem

c) das Kaiserliche Kammergerichts-Urtel vom 22 Jenner 1791 davon, daß sie, die Deputirten, ihre Denunciationen darthun solten, nichts besaget, sie auch

d) von den Landesunterthanen nicht einmal zum Denunciiren deputiret und

e) schon von Fürstlicher Regierung für unfähig darzu erkläret und zurück gewiesen worden, mithin, dem Anscheine nach, die sogenannten Deputirten mit der Begründung der Beschuldigungen zu verschonen gewesen; so viel hiernächst

II. die Beschuldigungen selbst anbelanget, solche sich auf fünf Hauptpunkte reduciren lassen, als daß

1)

1) der Denunciat die ihm anvertraute Ministerial-Gewalt überschritten, insonderheit aber

a) unleidlichen Stolz und Herrsucht, wobey er den kranken Fürsten am Gängelbande geleitet, ausgeübet,

b) den Land-Gografen und Regierungsrath Rottberg mit einer Abfindung von 4000 Rthl., die er, Denunciat, wenn sie der nunmehrige Fürst beym Regierungs-Antritt nicht genehmigen würde, wieder zu erstatten versprochen, verabschiedet;

c) sich durch seine Verwandten, Anhänger und ausgetheilte Salarien die Stimmen erkauft und durch dergleichen Irrleitung falsches Lob zubereitet;

d) die bey ihm Hülfe suchenden Personen gar nicht angehört, sondern hartherzig abgewiesen,

e) eine unbesiegliche Affectation der Untrüglichkeit, derentwegen ihm kein Votum entgegen gesetzt werden dürfen, geheeget, und

f) deshalb den Advocaten die Fertigung einiger Vorstellung, gegen das, das Land ganz entkräftende und von ihm herrührende neue Catastrations- und Personensteuerwesen, den Prokuratoren aber die Unterschrift auswärts gefertigter deygleichen Vorstellungen bey harter Strafe verbothen; annebst

2) Denunciat dem jungen Erbgraf, des nunmehrigen Herrn Fürsten Durchlaucht den wahren

Zu-

Zustand des Landes und der Finanzen verheimlichet; sodann

3) derselbe die Finanzen sehr übel und auf eine unverantwortliche Weise verwaltet, gestalten er

a) während seiner Finanz-Direction vom Jahr 1774 bis 1790 einen Anwachs der Schulden bis auf — veranlasset und vornemlich

b) unter der Vormundschaft von 1782 bis 1789 dergestalt gehauset, daß es nicht anders geschienen, als wolle man den Herrn Erbgraf, des jetzigen Fürsten Durchlaucht und das ganze Land vorsetzlich in einen Concurs stürzen; darneben

c) dem von sich gestellten eidlichen Revers entgegen, sowohl den festgesetzten Etat vielfältig überschritten, als die jährliche Abzahlung von — Rthl. Schulden, unterlassen;

d) einen kostbaren, dem Fürsten selbst mißfälligen Schloßbau unterhalten;

e) die Anstellung dreyer Justizbeamter beym Amte Varenholz veranlasset, damit sein Bruder, der Oberamtmann Hoffmann, als dortiger Beamter, müßig gehen und gemächlich leben können; wie denn auch außerdem

f) unter der Vormundschaft viele überflüßige neue Diener mit großen Besoldungen angenommen, und die Gehalte der übrigen nach des Denun-

cia-

ciaten Willen und Absichten erhöhet worden wären;

g) mit Anleihen, so durch Juden negotiiret worden, Güter und Häuser angekauft, ohngeachtet der Fürst schon im Ueberfluß Gebäude zu unterhalten habe;

h) mit Diäten dergestaltigen Unfug getrieben, daß solche seit 1774 an 30000 Rthl. betragen;

i) die zu erborgenden Gelder durch wuchernde Juden gegen exorbitante Provisionen anschaffen lassen; welche doch die Finanz-Beamten eben so gut, ohne Kosten und mit weit mehrerer Ehre, hätten anschaffen können;

k) durch die von ihm betriebene Wiedereinlösung des an Chur-Hannover vor 410000 Rthl. wiederkäuflich überlassenen Amts Sternberg den darüber ehehin mit dem Bißthum Paderborn obgewalteten Proceß wieder rege gemacht und dadurch veranlasset, daß zu Verschaffung der Reluitionssumme viele Juden ausgesandt, Rent- und Landkasse mit Procent-Geldern und Reisekosten beschweret, und dem Banquier Klopstock zu Hamburg vor die bloße Nachricht, daß das Geld in Cassel zu haben sey, 10,000 Rthl. bezahlt werden müssen,

l) durch den Canzler von Selchow zu Marburg in dem nurgedachten Paderbornischen Processe

eine

eine Deduction fertigen lassen, welche mit 1000 Rthl. bezahlt werden müssen und die Regierungs-Membra eben so gut hätten fertigen können;

m) das Münzen absichtlich zum Vortheil der Juden angeordnet, indem 13 Rthl. 12 gr. Münze jedesmal mit 14 Rthl. 8 gr. beleget worden; ferner

4) Denunciat dem Herrn Erbgraf, nachherigen Fürst, diesem und dem Lande schädliche Rathschläge gegeben, indem er

a) denselben, um nicht länger in Gräflichen, sondern in Fürstlichen Diensten zu stehen, zur Auswürkung der Standeserhebung, ingleichen

b) zu einer — Reise nach — vermocht und dadurch dessen erfolgte Krankheit veranlasset; auch schon vorher

c) dem Herrn Erbgraf, da er noch zu Leipzig Studierens wegen gewesen, alle Anleitung zu großem Aufwand gegeben;

d) durch seinen Eigensinn verursachet, daß bey Gelegenheit der Abzahlung des von Hammersteinschen Capitals von 31000 Rthl. auf 9000 Rthl. vergeblich aufgeopfert worden,

e) darauf umgegangen, mit aufzuleihenden Geldern alle landtagsfähige Güter zu kaufen, um desto besser despotisiren zu können, da sodann die Städte für nichts geachtet worden seyn würden;

f) die

f) die Abtheilung der beiden mit Lippe-Schaumburg gemeinschaftlichen Aemter, Blomberg und Schieder, durch Zählen der Bäume in den Forsten verzögert, um nur die landverderbliche Diätenfabrik zu unterhalten, anbey auch den Ersatz der von Lippe-Schaumburgischer Seite zu restituirenden Früchte verabsäumet;

g) durch Verbindung des Regierungsdirectoriums mit dem Kammerdirectorium vieles Unheil gestiftet; endlich

5) Denunciat in vielen Stücken eigennützig gehandelt, immaßen er

a) sich bey dem Vergleich mit Paderborn ein Geschenk von 2000 Rthl. ausbedungen und um solches zu bemänteln, dem Vice-Canzler Meier zu Paderborn ein gleichmäßiges Geschenk aus der Land-Rentey-Casse ausgewürket;

b) bey der Personensteuer die Einrichtung dergestalt gemacht, daß er bey seinem großen Reichthum und bey seiner starken Besoldung, nicht mehr als der geringste Kötter, und statt 380 Rthl., die er wenigstens beytragen sollen, nur 25 Rthl. beyzutragen habe;

c) alle Jahre eine und mehrere Lustreisen auf Kosten der Unterthanen unternommen,

d) in

d) in den Aemtern Brake und Varenholz Bauerngüter zu seinem Landgute zu Brake gekauft und die darauf liegenden Lasten auf die übrigen Bauerngüter gewälzet; übrigens noch

e) sehr großen Reichthum zusammengebracht und seine Capitalien, statt damit den Herrschaftlichen Cassen auszuhelfen, lieber aus Furcht für Verantwortung in auswärtige Banken gegeben, demohngeachtet aber

f) durch fälschlich vorgebildete Armuth dem Fürsten sehr ansehnliche Pensionen für seine Familie abgelistet; und wenn schon die Denuncianten von diesen Beschuldigungen die erforderlichen Beweißthümer schuldig geblieben, es dennoch bey deren großer Menge ganz unwahrscheinlich, daß nicht die eine und andere zu begründen gewesen seyn sollte, falls die Commission bey deren ex officio angestellten Untersuchung mit möglichstem Fleiß und genauester Unpartheylichkeit zu Werke gegangen wäre; was ferner

III. die erkannte Genugthuung und resp. Strafe angehet, dem Anscheine nach erstere auf Seiten der Landstände und des Rath Müllers, da sie keine neuen Beschuldigungen vorgebracht, sondern sich nur der einen und andern ohnehin schon vorgebrachten angenommen und sie zur Untersuchung zu befördern gesuchet, nicht statt finden, letztere aber

im Betracht derer von den Deputirten vorgebrachten Vertheidigungsgründe zu hart seyn dürfte, wie auch

IV. daß die Stände sowohl, als der Rath Müller zum Theil mit in die Kosten zu verurtheilen und also allenthalben anders, als geschehen, zu erkennen gewesen, es das Ansehen gewinnen möchte:

Dennoch aber und dieweil

ad I. und besonders

ad 1) die Landstände dadurch, daß sie blos des gemeinen Besten wegen, um nemlich zu wissen, in welchen Händen die Verwaltung des Staats sich befinde, die Untersuchung derer gegen den Denunciat zum Vorschein gekommenen Beschuldigungen verlangt und betrieben, diese keinesweges für begründet anerkannt und sich zu eigen gemacht, vielmehr dadurch nur entweder den Denuncianten, die Schuldbarkeit des Denunciaten darzuthun, oder diesem, seine Unschuld behörig auszuführen, die Gelegenheit verschaffet, damit nach Beschaffenheit der Resultate die künftige Staatsverwaltung eingerichtet und dem Unwesen auf der einen oder andern Seite gesteuert, solchergestalt aber die öffentliche Ruhe und Eintracht, und der ordentliche Gang der Geschäfte wieder hergestellet werden könne, immaßen denn auch die Stände, sich der Sache in dieser Maße, ohne Co-

denun-

denuncianten abzugeben, mit anzunehmen, um so mehr berechtiget gewesen, als den Landständen im deutschen Reiche fast durchgehends unverwehrt ist, die in der Landesregierung unterlaufenden Gebrechen zu erinnern und auf deren Abstellung anzutragen;

Strubens Nebenstunden, Th. II. S. 534.

und ihnen also auch unverwehrt seyn muß, wichtige, in des Landes Wohl sehr tief einschlagende Denunciationen, worunter vorzüglich wol Beschuldigungen von der Art, wie sie dem Denunciat gemacht worden, zu rechnen sind, zur Untersuchung zu empfehlen oder sich diese auf schickliche Weise auszubedingen, die Begründung der Denunciationen selbst aber lediglich den Denuncianten, auch allenfalls dem ex officio untersuchenden Richter zu überlassen;

ad 2) die vom Rath und Hofgerichtsbeysitzer Müller für den Hochseel. Herrn Grafen Wilhelm gegen Denunciaten gefertigte Denunciationsschrift vom Herrn Grafen eigenhändig unterschrieben und also von demselben genehmiget, folglich auch anzunehmen ist, daß sie seinem Angeben und seiner Absicht gemäs abgefasset worden, und daher der Concipient dafür destoweniger zu haften hat,

Leyser. Spec. DXLVII. Medit. 7. Spec. DLI. Medit. 6. n. 3.

als die an sich ehrenrührigen und harten Beschuldigungen auf eine glimpflichere Weise, als geschehen, ohne ihnen das intendirte Aufsehen zu benehmen, nicht füglich vorgetragen werden können, daher auch das obangezogene Mandat vom 20 September 1787 dermalen keine Anwendung findet, und wenn schon dem gedachten Rath Müller anfänglich ebenfalls die Fertigung der von den sogenannten Deputirten eingereichten Denunciation beygemessen und Er derentwegen zur Verantwortung gezogen werden wollen, sothane Autorschaft jedoch von ihm

Num. 23. der Anlagen zum Generalprotocoll. durchaus in Abrede gestellet und dieselbe nirgends dargethan, vielmehr denunciatischer Seits selbst nachher der Canzleyrath Punge zu Herford für den Verfasser ausgegeben ist; folglich dem Rath Müller die Begründung der beyden in Frage seyenden Denunciationsschriften mit Recht und Billigkeit nicht angesonnen werden kann; hingegen

ad 3) die sogenannten Deputirten und eigentlich mit ihnen sämtliche Unterthanen, welche die schriftliche Denunciation, die in der Anlage des Generalprotocolls Num. 7. sub num. 5. im Original befindlich, unterschrieben haben, die darinnen

dem

dem Denunciat gemachten harten Beschuldigungen zu begründen, oder diesem desfalls Genugthuung zu leisten gehalten sind, da sie durch ihre Namens-Unterschriften sich den Inhalt der ganzen Schrift zu eigen gemacht,

L. 8. §. 15. D. quib. mod. pign. vel hypoth.

Leyser Spec. DXLVII. Medit. 20.

selbe sich auch dagegen

ad a) mit der vorgeblichen Versicherung des Herrn Grafen Wilhelms, da solche ganz unerwiesen und überdies damit eine dergleichen unberufene Theilnahme nicht zu rechtfertigen, so wenig, als

ad b) mit der ohnehin höchsttrüglichen Sage, mit welcher eine Denunciation nicht gerechtfertiget werden kann,

Leyser Spec. DLI. Meditat. 7.

noch auch

ad c) mit dem Kaiserlichen Kammergerichts-Urtel, als welches die Untersuchung der Beschuldigungen nur überhaupt durch zu bestellende Commissarien verordnet, die Art und Weise der Instruction der Commissarien und also mit dieser die Bestimmung des Modi procedendi aber dem Ermessen des Herrn Grafen Ludwigs Gnaden, als Landes-Administrators, überläßt und Ihro Gräflichen Gna-

den durch die Fürstliche Regierung die Commissarien Num. 10. der Anlagen zum Generalprotocoll. bescheiden lassen, neben dem Rath Müller auch die Deputirten zur Begründung ihrer Denunciation anzuweisen, und am allerwenigsten

ad d) mit dem Mangel ihrer Legitimation, als Deputirter und

ad e) mit denen ihnen von Fürstlicher Regierung auf ihre Gesuche um Vorlegung derer die Beschuldigungen betreffenden Acten und Nachrichten wiederholt ertheilten abschläglichen Resolutionen und Zurechtweisungen, sich nicht in die Regierungsgeschäfte zu mischen, als welche verneinte Behelfe vielmehr ihre Rechtfertigung erschweren, da sie solchergestalt sich fälschlich für Deputirte ausgegeben und Prohibentis negotia zu geriren unternommen, zu schützen vermögen; und wenn gleich noch einige Hunderte anderer Unterthanen außer den Deputirten sich der Beschuldigungen durch ihre Namensunterschriften ebenfalls theilhaftig gemacht, gegen dieselben doch dermalen, da sie desfalls noch nicht einmal vernommen worden, nichts erkannt werden mag, sie aber auch hinkünftig ganz füglich aus der Sache gelassen werden können, immaßen bey großer Menge derer, die sich einer unerlaubten Handlung mit schuldig gemacht, es nicht ungewöhnlich, sich des-

halb nur an einen gewissen Theil und hauptsächlich an die vorzüglichsten Theilnehmer zu halten, der übrigen aber zu Verhütung mancherley im gemeinen Wesen zu besorgender Unordnungen zu schonen;

Koch. Inslitt. jur. crim. §. 82. ibique citt.

Demnächst

ad II. beiderley Denuntiationsschriften, sowol die des Hochseel. Herrn Grafen Wilhelms, als die der sogenannten Deputirten, von denen dem Denunciat gemachten Beschuldigungen die erforderlichen Beweißmittel so wenig an die Hand geben, daß selbe vielmehr guten Theils schon, ihrer Generalität wegen gar keine Beachtung verdienen, denunciator enim voluntarius causam denunciationis probabilem afferre debet, alias calumniari praesumitur,

Oldekop. Tit. II. Observat. 19.

Koch. loc. cit. §. 714.

darneben auch diejenigen, denen die Begründung der Vorwürfe von der Commission abgefordert worden, solche schlechterdings verweigert haben, auch bey der darauf ex officio, so weit nur durch Nachsicht der Acten und Rechnungen und Vernehmung derer darum Wissenschaft habenden Personen nachzukommen gewesen, angestellten Untersuchung auf den Denunciaten, wenn nur seine Handlungen und

Rathschläge nach Billigkeit beurtheilt und insonderheit letztere, den Rechten gemäs,

L. 47. D. de R. T.

L. 2. §. 6. D. mand.

Leyser. Spec. DLXX. Medit. 28.

nicht nach ihrem würklichen Erfolg, sondern nach der dabey gehegten möglichen guten Absicht beurtheilet werden, nichts von Erheblichkeit und so nicht wenigstens mit den engen Schranken menschlicher Kräfte und Einsichten, zumal bey überhäuften Geschäften, zu entschuldigen wäre,

Leyser. Spec. cit. Medit. 29. 30.

gebracht werden können, anerwogen

ad 1) und besonders

ad a) solche Thatsachen, woraus der dem Denunciat beygemessene Stolz und die demselben geziehene Herrschsucht nebst der Leitung des Fürsten am Gängelbande, außer der letzten Besetzung des Hofgerichts-Secretariats nicht angegeben worden, im Gegentheil aber nicht nur die Regierungs- und Kammerräthe

in den Anlagen C. und D. zum Spec. Protocoll über den Isten Abschnitt und dessen erste Beschuldigung,

attestiret haben, daß Denunciat Sereniſſimum öfters gebeten, den Sessionen in beyden Collegien beyzu-

zuwohnen, nicht selten solche Sachen, welche von Sereniſſimi Entschließung abgehangen, zurückgeleget, auch Höchstdemselben immer nur ohnmasgebliche Vorschläge gethan, und ihnen nicht wissend sey, daß jemalen Höchstdero Willen entgegen gehandelt worden, weniger nicht die

S. 20. und folg. des cit. Spec. Protoc.

enthaltenen Extracte aus mehrern vom Denunciat ad Sereniſſimum abgelaſſenen Schreiben ergeben, daß er Höchstdieſem mit aller schuldigen Submiſſion begegnet und mehrmalen angelegen, sich der Regierungsgeschäfte anzunehmen und den Seſſionen selbst beyzuwohnen; was hingegen die dem Denunciat als ungebührliche Anmaßung vorgerückte Beſetzung des Hofgerichts-Secretariats anbelanget, aus denen den Commiſſionsacten beyliegenden Actenstücken

Anlage G. zum cit. Spec. Protocoll

so viel hervorgehet, daß Denunciat, als Regierungspräsident, der Hofrichter von Blomberg aber, als Chef des Hofgerichts sich des Rechts, zu sothaner Stelle Sereniſſimo ein habiles Subject in Vorschlag zu bringen, angemaßet, am Ende aber die Sache der Observanz gemäs für Denunciaten entschieden worden, mithin bey dieſer der Sache Bewandniß dem letzteren nichts, am wenigsten die An-

maßung einer ungebührlichen Gewalt, zur Last geleget werden kann;

ad b) der Regierungsrath Rottberg schon bey Lebzeiten des Hochseel. Herrn Grafen Simon Augusts, Vaters des jetzigen Herrn Fürsten Durchl. sich dergestalt störrisch und uncollegialisch betragen, daß Hochgedachter Herr Graf schon mehrmalen darüber Seine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben und seiner los zu seyn gewünschet, wie nicht nur dessen eigenhändige Aufsätze,

Num. 2 und 3 unter der Anl. H. des Spec. Protoc. über den Isten Abschn. und dessen 13te und 23te Beschuldigung

sondern auch die Attestate der verwittibten Frau Fürstin, Mutter Sereniſſimi,

Num. 6. ibid.

des Hofmarschalls von Donop,

Num. 7. ibid.

des Hauptmanns Stivarii

Num. 8. ibid.

Geheimen Secretarii Clausings,

Num. 9. ibid.

und selbst des jetzigen Herrn Landesadministrators Gräfl. Gnaden dem Regierungsrath Rottberg, auf ein Schreiben an Hochdieselben, ertheilte Antwort.

Num.

Num. 14. unter Anl. I. zum cit. Spec. Protoll

hinlänglich bewähren; und als daher derselbe in seiner Begierde zu widersprechen und Rechthaberey nach Hochgedachtem Herrn Grafen Simons Ableben nicht nur fortgefahren, sondern ihnen auch nach Ausweiß der Beschwerde des Denunciaten

Num. 1. unter der Anl. H. zum cit. Spec. Prot.

unter der erfolgten vormundschaftlichen Regierung noch mehr den Zügel gelassen, es dem Denunciat bey dem daraus entstandenen täglichen Verdruß nicht zu verdenken gewesen, daß er bey des Herrn Vormund Gräfl. Gnaden entweder um des Regierungsraths Rottbergs, oder seine eigene Dienstentlassung nachgesuchet, zumal er es auf diese Weise der Gräflichen Vormundschaft freygestellet, das eine oder das andere zu erwälen und ihm daher des Regierungsraths Rottbergs Entlassung, immaßen er dazu allenfalls nur und zwar aus einer rechtmäßigen Ursache, als wofür die Befreyung von einem zankſüchtigen Collegen unleugbar zu achten, die Gelegenheit gegeben, um so weniger beyzumessen ist, als die Landstände den Hochgräflichen Herrn Vormund darum

Num. 17. unter der Anl. K. zum cit. Spec. Protocoll

selbst

selbst gebeten und Hochderselbe solche unter Beistimmung der Ständischen Mitvormünder

Num. 18. ibid.

aus nicht unerheblichen Ursachen resolviret hat; wenn hiernächst schon der Regierungsrath Rottberg gegen sothane seine Dienstentlassung bey dem Kaiserl. und Reichskammergericht ein Mandat ausgewürket, und, um dieses zu umgehen, derselbe mit 4000 Rthl. abgefunden worden, solches doch ebenfalls auf Gutbefinden und mit ausdrücklicher Genehmigung des Hochgräflichen Herrn Vormunds und mit Zustimmung der Ständischen Mitvormünder

Anl. C. zum cit. Spec. Protocoll

geschehen ist; wenn ferner gleich Denunciat damalen in einem, der Sache wegen, an des Herrn Vormundes Gräflichen Gnaden gerichteten Schreiben sich erbothen, vor diese 4000 Rthl. mit seinem Vermögen haften zu wollen, im Fall der Herr Erbgraf beym künftigen Regierungs-Antritt deren Ausgabe nicht genehmigen solte, er doch zu deren Erstattung, theils in Betracht der, ohne Acceptation dieses allenfalls nur in eventum der Unzulänglichkeit anderer Gründe geschehenen Erbiethens und mit ausdrücklicher Berücksichtigung der allenfalsigen Compensation auf die dem Denunciat in des Hochseel. Herrn Graf Simon Augusts Testament

Anl. A. zum Spec. Prot. über den Isten Abschnitt und dessen 1ste Beschuldigung

ausgesetzten, von ihm aber, nach der weiteren

Anl. B. ibid.

verbethenen jährlichen 1000 Rthl. Vormundschaftsgehalt, erfolgten Genehmigung des Vergleichs, theils und vornemlich aber in Betracht der von Sereniſſimo nach Dero Regierungs-Antritt dem Hochgräflichen Herrn Vormund und sämtlichen zugegebenen Mitvormündern, der vormundschaftlichen Finanzverwaltung halben, ertheilten Generalquittung

Anl. M. zum Spec. Prot. über den Isten Abschn. und dessen 13te und 23te Beschuldigung

für verbunden nicht geachtet werden mag, gestalten vielmehr die Vormundschaft, da sie jenes Erbiethen nicht angenommen und also keinesweges durch solches zur Vergleichsgenehmigung bewogen worden, sondern schon die in ihren Votis angeführten Ursachen für hinreichend zur künftigen Rechtfertigung geachtet hat, desfalls responsabel wäre, falls sie nicht bereits mittelst der Generaldecharge aller Verantwortung überhoben wäre; hierwider auch in keinen Betracht kommt, daß von ungewisser Hand an den Rand der Nachweisung der Finanzverwaltung wäh-

rend

rend der Vormundschaft, neben dem Vergleichspost der 4000 die Worte:

Bezahlt Hr. von Hofmann —

gesetzet worden, da solches, nach des Stadtsecretär Schnitgers eidlicher Versicherung

Seit. 23 des Spec. Prot. über den Isten Abschn. und dessen 13te und 23te Beschuldigung

erst nach der Ausstellung der gedachten Generalquitung und also nach bereits ertheilter Genehmigung der Ausgabe quaest. beigesetzt worden, quod autem semel placuit, ex post displicere nequit

per notor. jur.

überdem auch bey denen vorhin angeführten, für Denunciaten obwaltenden Rechtsgründen er überall nicht, am wenigsten aber ohne rechtliches Gehör, in die Erstattung dieser 4000 Rthl. condemnirt werden könnte,

ad c) sämtliche Regierungsräthe

Anl. N. zum Spec. Prot. über den Isten Abschn. und dessen 20te Beschuldigung

bezeuget haben, daß in dem Regierungscollegio, so lange sie dessen Mitglieder seyen, die Stimmenfreyheit statt gefunden habe, desgleichen von sämtlichen Cammerräthen

Seite 4. des nur cit. Spec. Prot.

auf

auf ihr Gewissen und ihre Pflicht zum Protocoll versichert worden, daß die vorgebrachte Beschuldigung irrig und erlogen, dadurch auch zugleich ihrer eigenen Ehre zu nahe getreten werde, indem, wenn die Beschuldigung Grund hätte, sie in jeder Sache ihre Einsichten und freyen Stimmen hätten compromittiren müssen, wogegen sie dem Denunciat das gewissenhafte Zeugniß geben müßten, daß er in keiner einzigen Sache sich einer entscheidenden Stimme angemaßet, sondern alles einer gemeinschaftlichen Ueberlegung und einem darauf gegründeten Collegialschluß überlassen habe, solchemnach aber diese Beschuldigung als offenbare Calumnie gänzlich dahin fällt;

ad d) der Regierungspedell Huncke pflichtmäßig versichert hat,

Seite 4. des Spec. Prot. zum Isten Abschn.
und dessen 21te Beschuldigung

daß bey seinem täglichen Ein- und Ausgehen in des Denunciaten Behausung Er, so viel er sich erinnere, niemand von Unterthanen daselbst wahrgenommen, wogegen mehrmalen die jetzt klagenden Unterthanen in das Dicasterienhaus gekommen wären, um schriftliche Vorstellungen zu übergeben, die denn auch angenommen und niemand damit hartherzig abgewiesen, noch irgend jemanden das rechtliche Gehör versagt

sagt worden wäre; desgleichen der Criminal-Gerichtspedell Gompf, als ehemaliger sechsjähriger Bedienter des Denunciaten, sich

Seite 5 des nemlichen Prot.

dahin vernehmen lassen, daß Denunciat, wenn ihn Unterthanen zu sprechen verlangt, selbe, wenn es irgend die Zeit erlaubt, entweder in seine Stube zu sich gelassen, oder sie an der Stubenthüre gesprochen, ihnen seine Meynung eröfnet und Rath ertheilet, oder, wenn sie ihn zu lange aufgehalten, sie zu schriftlichen Vorstellungen bey der Regierung angewiesen, auch mitunter an den Referenten in ihrer Sache verwiesen, wenn er aber keine Zeit gehabt, sie auf einen andern Tag wieder beschieden habe, maßen denn Er, Deponent, nie wahrgenommen, daß Denunciat jemanden, der sich bey ihm gemeldet, hartherzig abgewiesen, oder ihm das Gehör versagt hätte — daher denn nicht nur diese Beschuldigung ganz unerwiesen, sondern auch über Schuldigkeit das Gegentheil ziemlichermaßen dargethan ist;

ad e) die dem Denunciat beygemessene Affectation der Untrüglichkeit sich aus den Zeugnissen der Regierungs- und Cammerräthe, welche oben ad lit. c. angeführt worden, sattsam widerleget;

ad f) ist nicht nur aus der Verordnung, das

neue

neue Cataster und die darnach zu entrichtende Contribution betreffend vom 21ten Jenner 1783,

in der gedruckten Sammlung der Landesverordnungen der Grafschaft Lippe IIItem Bande, Num. XXV. S. 58,

sondern auch aus einem von der Fürstlichen Regierung gefertigten Impresso unter der Aufschrift:

„Geschicht- und rechtmäßige Darstellung der angeordneten Gleichheit in der Contributionsbezalung 2c. 1783. fol."

Anl. O. zum Spec. Prot. über den Isten Abschn. und dessen 24te Beschuldigung,

sofort zu ersehen, daß die neue Catastrirung schon seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts zur Abstellung häufiger Prägravationsklagen auf Betrieb der Landstände unternommen, nach Pausen von mehrern Jahren langsam fortgesetzet, und endlich mit Ständischer Mitwürkung unter Landesherrlicher Auctorität im Jahr 1783 vollendet worden, so wie auch aus der Verordnung wegen der Personensteuer vom 3ten März 1788,

in der cit. Samml. IIItem Bande Num. CXII. S. 274

erhellet, daß diese Steuer ebenfalls mit Beyrath und Bewilligung der Landstände reguliret und von der Landesherrschaft ausgeschrieben worden, mithin

die Einführung (von) beyderley Abgaben dem Denunciat zur äußersten Ungebühr beygemessen werde, und daher derselbe noch weniger dafür, ob sie nöthig, und ob die dabey zum Grund gelegten Principien der zu beobachtenden möglichsten geometrischen Gleichheit allenthalben gemäs, zu haften habe, da, wenn er auch daran mit gearbeitet, solches doch von den übrigen dabey concurrirenden Räthen und Landständen, auch am Ende von der Landesherrschaft selbst approbiret worden, auf solchen Fall aber ein Rath und Diener, für seine Rathschläge und Arbeiten noch besonders zu stehen, nicht verbunden ist;

Myler ab Ehrenbach Hyparchologia
Cap. XX. §. 29.
Leyser. Spec. DLXX. Med. 27.

so viel darneben das Verboth der Klagen und Beschwerden gegen die neue Catastrirung anlanget, solches einen Theil der obangezogenen Verordnung vom 21ten Jenner 1783

S. 64. des III Bandes der cit. Samml.

ausmacht, und also, wie die ganze Verordnung, vom gemeinschaftlichen Gutfinden derer zur Einrichtung des Catastrationswesens gebrauchten Räthe und Landstände und der Genehmigung der Landesherrschaft herrühret, das Verboth der Unterschrift und Eingabe von andern gefertigter Schriften aber

ledig-

lediglich auf die vom Canzleyrath Punge zu Herford gefertigten eingeschränkt und Namens der Fürstl. Regierung erlassen ist,

Anl. P. zum Spec. Prot. über den Isten Abschn. und dessen 24te Beschuldigung,

folgl. auch diese Verbothe dem Denunciat nicht zugeschrieben werden können;

ad 2) Denunciat Sereniſſimo, da Sie sich noch als Erbgraf Studierens halben auf der Academie Leipzig aufgehalten, in einem eigens darzu gefertigten umständlichen Aufsatze unter der Aufschrift:

Anleitung und treuer Rath für gute Regierung des Landes, dessen künftigem Regenten aus Erfahrung und wohlmeynendem Herzen gegeben. Entworfen 1785,

von dem physicalischen, geographischen, statistischen und politischen Zustande der Grafschaft Lippe hinlänglichen Unterricht ertheilet und dabey die hin und wieder noch bestehenden Mängel und deren nüzliche Verbesserungen angezeiget, auch die verschuldeten Kammerumstände nicht unberührt gelassen, und deshalb kluge Sparsamkeit nachdrücklich anempfohlen;

S. 275. der bemeldeten Anleitung, als Beylage K zum Spec. Prot. über den IIten Abschn.

und wenn gleich darinnen der eigentliche Kammer-Etat nicht angegeben, solches doch sich damit, daß

dergleichen (einer solchen Art) Schriften, so in mehrere Hände kommen können, einzuverleiben bedenklich, noch wol entschuldigen läßt, der Herr Erbgraf zu damaliger Zeit auch eigentlich nicht mehr, als daß seine Kammer verschuldet sey, und er also den guten Wirth zu machen, große und dringende Ursache habe, zu wissen brauchte, within die desfalsige Beschuldigung des Denunciaten desto ungegründeter ist, als überdies auch aus denen vom Kammerrath Stein

S. 9. des Spec. Prot. zum IIten Abschn. angegebenen Umständen zum wenigsten höchstwahrscheinlich ist, daß Denunciat dem Herrn Erbgrafen sogar einen vollständigen Statum activum & passivum der Grafschaft nach Leipzig überschickt gehabt;

ad 3) die auf eine üble Finanzverwaltung Bezug habenden Beschuldigungen betreffend:

ad a) nicht nur Fürstliche Kammer in dem, die von dem Hessen-Casselischen Regierungsrath von Manger, dem Denunciat allenthalben mit auffallenden Unrichtigkeiten zum Tort und Nachtheil, gefertigte Etats-Calculation, rectificirenden Pro Memoria vom 5ten April 1791. S. 4.

Anl. A. Num. II. zum Spec. Prot. über den IIIten Abschn. und dessen 5te Beschuldigung. selbst bekennet, daß, wenn diese und andere dem Denunciat in Ansehung der Finanzverwaltung gemachte

machte Beschuldigungen Grund hätten, sie nicht den Denunciat allein, vielmehr die ganze Kammer, ja selbst das hohe Vormundschaftscolleginm mit treffen würden, sondern auch aus der mühsamen commissarischen Prüfung der Mangerischen Aufstellungen

Anl. A. Num. I. sub num. I. zum cit. Spec. Prot.

und des vorgedachten Kammer-Pro Memoria gegen einander, so viel überzeugend hervorgeht, daß vom Jahr 1774, da Denunciat das Kammerdirectorium übernommen, bis 1789, so weit der von Manger den Kammeretat von Jahr zu Jahr verglichen, die Kammerschulden allerwenigstens um 55526 Rthl. vermindert worden, dessen nicht einmal zu gedenken, daß die Cameralen auf der gleichmäßigen Abrechnung verschiedener von der Commission nicht beabsichtigter wichtiger Posten an dem ehemaligen Schuldenbestand in ihrem Pro Memoria vom 5ten Jul. 1791.

Anl. C. zum cit. Spec. Prot.

aus ganz triftig scheinenden Gründen, denen die Commission auch weiter nichts entgegengesetzet, bestehen, und deshalb die Verminderung der Kammerschulden im Jahr 1789 gegen das Jahr 1774 um 115, 129 Rthl. behaupten; solchemnach aber die dem Denunciat wegen Vermehrung der Kam-

merschulden unter seiner Direction gemachte gehäs-
sige Beschuldigung um so weniger in rechtlichen Be-
tracht kommen kann, als sie auch an sich der Wahr-
heit schnurstracks entgegen ist;

ad b) in Ansehung der Finanzverwaltung von 1774 bis 1789 und also mit Inbegrif der Vormund-schaftsjahre von 1782 bis 1789 die Commission durch sorgfältige Untersuchung so viel ausfindig ge-macht hat, daß binnen jener Zeit α) die jährlichen Kammereinkünfte, des jährlichen Abgangs an 8000 Rthln. Landschaftlicher Sublevationsgelder, welche während der Vormundschaft cessiret, ohnge-achtet, in circa um 30,000 Rthl. erhöhet, β) die Kammerausgaben durch die vorhin bemerkte Schul-denzahlung und Herabsezung der Capitalzinsen von 5 auf $3\frac{1}{2}$ Procent, auch Verminderung der Apana-ge- und Competenzgelder ansehnlich vermindert, mit-hin γ) ein Beträchtliches erspahret und davon im Jahr 1789 ein großer Theil, als der Rechnungs-bestand zu 29112 Rthl, geleistete und noch nicht re-stituirte Vorschüsse*) zu 14992 Rthl. und verein-nahmte, von —— aber vorenthaltene Einkünfte zu 18,096 Rthl. noch vorräthig oder dafür zu halten, das übrige hingegen in circa zu 250000 Rthl. theils

auf

*) An Neuwohner und andre Unterthanen.

auf anbefohlene und deshalb unvermeidliche Ausgaben, theils auf nüzliche Acquisitionen verwendet gewesen *);

Special Protocoll über den IIIten Abschn. und dessen 14te und 15te Beschuldigung und dessen Anl. E

und wenn schon die Commission nicht zu eruiren vermocht, wie die Finanzverwaltung eben in den 8 Jahren der vormundschaftlichen Landesadministra-

*) d. i. Neben den jährlich bestrittenen ordinairen und gewönlichen Ausgaben sind in den Jahren 1774-1789 extraordinarie zu unvermeidlichen und nüzlichen Ausgaben verwendet worden circa = 250,000 Rthl.
außerdem verblieb am Schluß des Jahrs 1789 ein Bestand
a) an baarem Gelde = 29,112 "
b) an noch wieder eingehenden Vorschüssen 14,992 "
c) an Gefällen, welche hiesiger fürstlicher Kammer vorenthalten, und daher einstweilen in Abgang passirt sind 18,096 "

In diesem Zeitraum sind also im Finanzhaushalt
1) über den ordinairen Aufwand erspart 312,200 Rthl.
außerdem auch
a) die Schulden um 55,556 Rthl. oder nach der Behauptung fürstl. Kammer um 115,129 Rthl. vermindert;
2) die jährlichen Revenüen aber um 38,000 Rthl. vermehrt worden.

tion von 1781 bis 1789 beschaffen gewesen *), immaßen darzu eine nochmalige, ihr nicht aufgetragene Revision der bereits justificirten Kammerrechnungen erforderlich gewesen wäre, sich doch aus der gegebenen Uebersicht der Finanzverwaltung von 1774 bis 1789 so viel mit Gewisheit abnehmen läßt, daß sie in der letztern Helfte unmöglich so schlimm gewesen seyn könne, als die Denuncianten sie ausgeschrien; falls aber auch hier und da etwas versehen worden seyn sollte, solches so wenig als die vor-

*) In Betref dieses Zeitraums, wie die Commission in ihrem Untersuchungsprotocoll wörtlich sagt: „ist nun zu„förderst in Betracht zu ziehen, daß während der Vor„mundschaftsjahre sich die Einnahme ohne Verschulden „der Fürstl. Kammer dadurch vermindert, daß sie statt „12000 Rthl. ad manus Gelder aus der Landcasse seit „1783 nur 4000 Rthl. zu den Erziehungskosten Sr. „Hochfürstl. Durchl. und des Prinz August erhielt, „welches minus der Einnahme sich allein schon auf „56,000 Rthl. beläuft. Dabey ist der außerordentliche „Aufwand in den Jahren der Vormundschaft theils an „nüzlichen, theils an nothwendigen Ausgaben eben so „stark, wo nicht stärker gewesen, als in den vorherge„henden 8 Jahren, wie solches das vorhin ad C. und „D. von Fürstl. Kammer gesonnene Verzeichnis, worin „des Endes jeder Zeitraum zu separiren wäre, näher „ausweisen wird, und schon aus dem P. M. und dessen „Anlagen hervorgeht, die beträchtlichen Acquisitionen, „die viele außerordentliche Baukosten und große Sum„men, welche zu Unterstützung und zum Besten der „Unterthanen verwendet sind, fallen größtentheils in „die Zeit der Vormundschaft."

vorherige Beschuldigung dem Denunciat allein zur Last gelegt werden könne;

ad c) daß Denunciat sich zur alljährlichen Abzahlung von — Rthl. Kammerschulden eydlich verpflichtet habe, sich bey genauer Nachsicht der, seiner Bestellung zum Kammerdirector wegen ergangenen Acten nirgends, wol aber so viel, daß Ihm in seiner desfalsigen Bestallung vom Jahr 1774

Anl. G. Num. 4. zum Spec. Protoc. über den IIIten Abschn. und dessen 17te und 34te Beschuldigung

unter andern,

daß der Empfang des Etats richtig gehalten, die Ausgabe desselben aber in keinem Titul überschritten, sondern alles, was darüber in Rechnung gebracht, es sey auf wessen Befehl und Assignation es wolle, Kraft dieser dazu besonders ertheilten Auctorität gestrichen werden solle,

aufgegeben, von Ihm auch in dem darüber ausgestellten eidlichen Revers

Anl. H. zum nur cit. Spec. Prot.

die Versicherung,

daß Er den ganzen Inhalt der in seiner Bestallung enthaltenen Instruction zu befolgen, jederzeit mit aller Treue und so viel es nur

immer seine Kräfte verstatteten, sich bestreben wolle —

ertheilet worden, vorgefunden, mithin wenn schon von der oberwähnten zur Herstellung des verfallenen Finanzwesens im Jahr 1774 niedergesezt gewesenen Commission *) unter andern auch der Vorschlag geschehen, daß alljährlich — Rthl. an Schulden abgezahlt werden sollten, diese Commission auch den Denunciat zum Regierungs- und Cammerdirector empfohlen, dieser dennoch weder zur jährlichen Abzahlung von — Rthl. instruiret worden, noch sich mittelst seines Reverses dazu eidlich verpflichtet hat; was hingegen die Etats-Ueberschreitung anlanget, solche Denunciat zwar nicht in Abrede zu stellen vermag, sich aber desfalls theils α) darauf, daß solche zu verhindern nicht immer in seinen Mächten gestanden, zumalen der Hochseel. Herr Graf Simon sich durch die gefertigten Etats die Hände nicht binden lassen, in dieser Rücksicht Er auch seinen Revers auf seine Kräfte

*) Wenn eine solche Commission im Jahr 1774 nothwendig war, und der jetzige Credit Fürstlicher Kammer in- und außerhalb Landes notorisch ist: so sind dies Thatsachen, die für die Finanzverwaltung von 1774-1789 nicht minder beweisend sind, als die Rechnungsresultate der vorlezten Note.

Kräfte eingeschränket habe, theils β) darauf, daß die willkührlichen Ueberschreitungen zum wahren Nutzen der Fürstlichen Kammer geschehen, und die desfalsigen Aufwände, so meistens in neuen Acquisitionen, die man machen müssen, da sie räthlich zu machen gewesen, bestanden, zum wenigsten selbe eben so viel Vortheil gewährten, als wenn Capitalien damit abgestoßen, und um so viel die Zinsen vermindert worden wären, vornemlich aber auch γ) darauf, daß er hierunter nichts ohne Genehmigung des Kammercollegiums und des Hochseel. Landesherrn, und nach dessen Ableben des Hochgräflichen Herrn Vormunds gethan habe, berufet; bey der von der Commission angestellten deshalbigen Untersuchung auch diese Rechtfertigung nicht ungegründet befunden worden, indem ad α) der Kammerrath Stein

S. 61. des Spec. Prot. zum IIIten Abschn. und dessen 17 und 34te Beschuldigung.

das Anführen, daß der Hochseel. Herr Graf die Etats nicht beobachtet, mit Erwehnung besonderer Umstände attestiret, es auch leicht begreiflich ist, daß ein Regierender Herr durch den von seiner Kammer entworfenen Etat, wenn er ihn auch genehmiget, sich die Hände nicht dergestalt binden lasse, daß er nicht derselben Ausgaben, worauf bey dessen Fertigung

gung nicht calculiret worden, anbefehlen könnte und sollte, wie denn die Commissarien

S. 34 des cit. Spec. Prot.

bezeugen, daß ihnen mit unter Acten vorgekommen, woraus sie ersehen, daß Denunciat die Etats-Ueberschreitungen nicht gleichgültig angesehen, sondern selbe zu verhindern sich ernstlich bemühet habe, und eben dieses auch die sämtlichen Kammerräthe bey ihrer desfalsigen Vernehmung

S. 59 des nemlichen Prot.

attestiret haben; sodann ad β) die Fürstliche Kammer im Detail die Veranlassungen zu den jährlichen Ueberschreitungen der Etats

Anl. I. zum cit. Spec. Prot.

nachgewiesen, und solche damit, so weit ohne genaue Einsicht der Rechnungen und Acten, auch Kenntniß des Localis, nachzukommen, zur Nothdurft gerechtfertiget hat; falls aber auch mit unter eine und die andere als rechtmäßig nicht bestehen sollte, deswegen doch Denunciat nicht für seine Person verantwortlich wäre, gestalten ad γ) die Commission

Seite 35. des cit. Protoc.

bezeuget, daß ihr noch keine Ausgabe, und also auch keine über den Etat vorgekommen, welche nicht in den Kammersessionen zum Vortrag gekommen und darinnen beschlossen, auch vom Hochseel. Landesherrn

herrn, in der Folge aber von Celsissimo Tutore, genehmiget und Höchsteigenhändig zur Auszahlung an die Landrentey, oder Kammercasse assigniret worden, wie denn überdem in den Landrentey-Rechnungen seit 1775 die etatsmäßigen und würklichen Einnahmen und Ausgaben immer gegen einander aufgeführet und damit die Abweichungen anschaulich gemacht, demohngeachtet aber die Rechnungen sowol vom Hochseel. Herrn Grafen als dem Hochgräflichen Herrn Vormund abgenommen und Höchsteigenhändig quitiret wären; einfolglich auch diese Beschuldigung in keinen rechtlichen Betracht kommen kann;

ad d) die Commission versichert, daß die Vorgebäude des Schlosses von übler Beschaffenheit gewesen, und deshalb bereits der Hochseel. Heer Graf Simon August den neuen Aufbau derselben im Jahr 1779 resolvirt und darzu alljährlich anfangs 2500 Rthl. und nachmals 2000 Rthl. ausgesetzt gehabt, Sereniſſimus auch nachher solches in der Maße genehmiget, daß noch das Archivgebäude und andere Erweiterungen des anfänglichen Bauanschlags hinzugekommen, und obgleich Denunciat rund heraus schriftlich erkläret, daß es bey der darauf alljährlich zu verwendenden bestimmten Summe unabänderlich verbleiben müsse, Er auch nebst dem Kammercolle-

gio

gio von Jahr zu Jahr darauf bestanden, daß dasjenige, was in dem einen Jahre mehr darzu verausgabet worden, in dem folgenden wieder am jährlichen Bauquanto abgezogen werden solle, solches doch nicht zu bewerkstelligen gewesen, besonders da nachhero Sereniſſimus noch mehrere neue Baueinrichtungen und wegen Dero bevorgestandenen Beziehung der Residenz die möglichste Beschleunigung von Leipzig aus anbefohlen,

Spec. Prot. über den IIIten Abschn. und dessen 7te Beschuldigung,

so nach aber Denunciaten auch desfalls aus bereits mehrmalen angeführten Gründen um so weniger etwas zur Last zu legen ist, als der Bau, in sofern eine anständige Residenz allerdings zur Würde des Landesherrn gehört, nothwendig und nützlich gewesen, derselbe auch, den Angaben der Commission nach, binnen den 9 Jahren, da er geführet worden, nur 27000 Rthl., einen dem jährlichen Etatsertrag von — Rthl. nicht unproportionirten Aufwand, betragen hat,

ad e) des Oberamtmann Hoffmanns, Bruders des Denunciaten, Gesundheitsumstände, wie die bey den Acten befindliche mediciniſchen Urtheile und Gutachten

Anl. N. zum Spec. Protoc. über den IIIten Abschnitt und dessen 8te Beschuld.

klärlich ausweisen, im Jahr 1787 äußerst zerrüttet, und Er die seit 1776 ohnehin sehr vervielfältigten Amtsgeschäfte

Anl. M. zum cit. Spec. Protoc.
Samml. der Landesverordnungen der Grafschaft Lippe IIten Band. Num. CCXXXIII. S. 518.

in ihrem ganzen Umfange selbst zu versehen um so weniger im Stande gewesen, als, nach des Geheimen Raths und Leibmedici Trampels Gutachten, Er nur durch Minderung der Amtsarbeiten wieder hergestellet und auf mehrere Jahre erhalten werden konte, in dieser Rücksicht auch sowol die gesammte Regierung desselben Vorschlag, Ihm einen Theil seiner minder wichtigen Amtsgeschäfte abzunehmen und andern Subjecten mit einer neuen Ausgabe von jährlichen 50 Rthl. zu übertragen, gut und thunlich befunden, dann aber des Hochgräflichen Herrn Vormunds Gnaden durchgehends genehmiget und darnach ausfertigen lassen;

Spec. Protoc. zum IIIten Abschnitt und dessen 8te Beschuld. samt Anl. O.

mithin hier abermalen eine an sich untadelhafte Sa-

che auf das gehässigste vorgestellet und dem Denunciat ohne allen Grund beigemessen ist;

ad f) sowol die Annahme mehrerer Diener, als die Erhöhung der Besoldungen nach dem Zeugniß der Commission und Ausweis der desfalsigen Decrete

Anl. P. Q. R. und S. zum Spec. Protoc. über den IIIten Abschnitt und dessen 9te Beschuldig.

mit Vorbewust und ausdrücklicher Genehmigung theils des Hochseel. Herrn Grafen Simon Augusts, theils des Hochgräfl. Herrn Vormunds und zwar des Letztern mit Beystimmung der Mitvormünder geschehen, zudem auch erstere wegen Vermehrung der öffentlichen Geschäfte durch viele neue gute Einrichtungen, wie aus den vielen darüber vorhandenen besonderen Verordnungen

Landesverordnungen der Grafschaft Lippe II und IIIter Band,

und dem tabellarischen Verzeichniß der bey der Regierung und Kammer von 1774 bis 1789 alljährlich vorgekommenen Producte

Anl. T. zum cit. Spec. Protoc.

erhellet, nicht füglich zu umgehen, letztere hingegen den Dienern bey der im Jahr 1771 geschehenen Besoldungsminderung auf den Fall, sobald die Casse

in

in bessere Umstände, welche sich im Jahr 1777 mit dem Absterben der Frau Gräfin Louise zu Brake und des Herrn Grafen Friedrich Christians ereignet, kommen würde, zugesichert, und also gewissermaßen Pacti gewesen, auch gutentheils nur in Vergütungen der zur Landrentey-Casse gezogenen Sporteln bestanden,

Anl. V. zum cit. Spec. Protoc.

anbey die Commission versichert, daß sich nirgendwo ein Beweis eines auf Seiten des Denunciaten dabey untergelaufenen bösen Willens, oder einer unerlaubten Begünstigung bey den Vorschlägen der neuen Gehalte und Zulagen hervorgethan habe,

Spec. Protoc. zum IIIten Abschn. dessen 9te Beschuldig. S. 21. und 26.

eine von Denunciaten dabey beabsichtigte eigene Besoldungsvermehrung aber um so sicherer hinwegfällt, als der Hochseel. Herr Graf Simon August Ihm dergleichen wiederholt angetragen und fast aufnöthigen wollen, Er sie aber standhaft verbeten hat.

Anl. Y. zum cit. Spec. Protoc.

ad g) aus der commissarischen Untersuchung so viel hervorgehet, daß α) die allermeisten Acquisitionen an Gütern und Häusern schon bey Lebzeiten des Hochseel. Herrn Grafen Simon Augusts auf dessen Befehl und Genehmigung gemacht worden,

und β) die meisten, wie das Commissionsprotocoll im Detail zeiget,

Spec. Protoc. über den IIIten Abschn. und dessen 11te Beschuldig. S. 3-20.

der Kammer bisher zum Vortheil gereichet, die übrigen aber zum wenigsten keinen Schaden gebracht, übrigens γ) ob sie mit ersparten oder erborgten Geldern erkauft worden? nicht ausfindig zu machen, am wenigsten aber δ) davon, daß darzu Gelder von Juden erborgt worden, die mindeste Spur vorhanden sey; daß also diese Beschuldigung des Denunciaten abermalen in einer böslichen Verläumdung bestehet,

ad h) sämtliche Diäten, welche von 1774 bis 1789 in den Landrentey-Rechnungen verrechnet sind, in Summa 11196 Rthl. 11 gr. 4¾ pf. *) betragen, und darunter zugleich beträchtliche Reisespesen, Vermessungs-Taxations- und andere Gebühren, welche wegen Mangels der Zeit zur Einsicht der Belege davon nicht zu separiren gewesen, mit begriffen,

Anl. Z. zum Spec. Prot. über den IIIten Abschn. und dessen 19te Beschuld.

annebst die Diäten selbst gesetzmäßig sind,

Spor-

*) Im Durchschnitt von 16 Jahren also jährlich etwa 700 Rthl.

Sportel-Ordnung vom Jahr 1768 im IIten Bande der Lippischen Landesverordnungen S. 263.

daß aber hierinnen excediret sey, so wenig dargethan worden, als von in Pflichten stehenden Personen zu vermuthen ist; was hingegen die aus der Landcasse bestrittenen Diäten betrift, solche von des Denunciaten Disposition gar nicht, sondern von der Genehmigung der Stände abgehangen haben;

Anl. A. A. zum cit. Spec. Prot.

folglich diese Beschuldigung mit der nächstvorherigen von gleichem Gehalte ist;

ad i) sämtliche in den Rentey-Rechnungen verausgabte Negotiationsgelder und Douceurs von 1774 bis 1781 in 1673 Rthl. und von 1782 bis 1789 in 315 Rthl. bestehen,

Anl. B. B. zum Spec. Prot. über den IIIten Abschn. und dessen 25ste Beschuld.

auch da diese Rechnungen justificirt und vom Hochseel. Herrn Grafen Simon August und resp. dem Hochgräflichen Herrn Vormund Hocheigenhändig quitiret, damit sothane Ausgaben für passirlich und rechtmäßig erkannt worden, zum wenigsten aber doch hieraus zu vermuthen ist, daß sie nicht ohne Vorwissen des Kammercollegii und hohe Landesherrliche Genehmigung zugestanden und ausgezahlet

worden, immaßen dergleichen insonderheit wegen derer dem Hofagent Raphael Levi, für die der Rentkammer und der Sternbergischen Reluitionscasse gegen Zinsen zu $3\frac{1}{2}$ pro Cent zu negotiirenden Gelder, zugestandenen Negotiationsgebühren zu 1 pro Cent die Commission aus einem in der Kammersession den 24 May 1785 abgehaltenen Protocoll würklich zu entnehmen gehabt, anbey auch dieselbe bemerket, daß durch die mittelst dieser Negotiation an Hessen-Cassel geleistete Abschlagszahlung dieses dahin vermocht worden, den beträchtlichen Rückstand des zur Reluition des Amts Sternberg vorgeschossenen Capitals von 450000 Rthl. von 4 pro Cent auf $3\frac{1}{2}$ pro Cent herunterzu setzen, daß also schon in zwey Jahren die Negotiationsgebühren wieder beygebracht worden, und in den folgenden Jahren die Kammer alljährlich $\frac{1}{2}$ pro Cent gewonnen;

Spec. Prot. über den IIIten Abschnitt und dessen 25ste Beschuld. S. 4. 5.

den Finanzbedienten aber dergleichen Negoce, und zwar ohne Entgeld, um so weniger angesonnen werden konnte, als sie eines Theils darzu nicht angenommen, andern Theils auch nicht in so weitläuftigen Connexionen stehen, als darzu erforderlich;

ad k) diese Beschuldigung in sich fasset, daß durch die Sternbergische Reluition α) der über verschie-

schiedene Zugehörungen des Amts Sternberg mit Paderborn rechtshängige, jedoch seit geraumen Jahren nicht betriebene Proceß wieder rege gemacht, β) die Rentey- und Landcassen in die Nothwendigkeit, zu Beyschaffung der Reluitionsgelder viele Juden auszusenden und diesen schwere Reisekosten und Procentgelder zu bezahlen, versetzet, und γ) dabey dergestalt excediret worden, daß der Banquier Klopstock zu Hamburg für die bloße Nachricht, wie das gesucht werdende Capital in Cassel zu haben sey, ein Geschenk von 10,000 Rthl. erhalten; und dann bey darob angestellter commissarischer Untersuchung sich ergeben, daß ad α) die Landstände bereits im J. 1774 auf dem damaligen Landtage die Reluition des an Hannover vor 410000 Rthl. versetzten Amts Sternberg mit Darbietung ihrer Mitwirkung urgiret, und solche auf dem im Jahr 1777 gehaltenen Landtage wiederholet, selbe auch der Hochseel. Herr Graf Simon August, nachdem zuvörderst die Regierung gutachtlich darüber vernommen, und von ihr (doch ohne Beystimmung des einzigen Regierungsraths Rottberg, als der wegen besorglicher Resuscitirung des Paderbornischen Processes, die aber schon, ehe die Reluition unternommen worden, geschehen, und auch durch Continuation des Versatzes nicht abzuwenden war)

Anl. D. D. und E. E. zum Spec. Protocoll über den IIIten Abschn. 26ste Beschuldig.

ein beifälliges Gutachten erstattet gewesen, resolviret, und die Loskündigungsschreiben nach Hannover eigenhändig erlassen; ad β) wegen Anschaffung der Reluitionssumme mit vielen In- und Ausländern correspondiret, und, da sich kein annehmlicher Gläubiger finden wollen, der Hofagent Raphael Levi vom Hochseel. Herrn Grafen Simon August mit dessen eigenhändiger Vollmacht vom 4ten October 1779 nach Holland abgeschickt, von demselben jedoch nichts ausgerichtet, und ihm deshalb nur die aufgewandten Reisekosten mit 402 Rthl. erstattet, endlich aber durch Vermittelung des Postmeisters Krohn zu Lemgo

Anl. C. C. zum cit. Spec. Protoc.

das Negoce mit Hessen-Cassel zu Hamburg entamiret, und nachmals mit 9000 Rthl. Provisionsgelder zu Stande gebracht worden; ad γ) sothane Provisionsgelder aber der Hochseel. Graf selbst genehmiget, und den Postmeister Krohn zu deren Verwilligung ausdrücklich authorisiret, auch in einem Erlaß an die Stände, welche bey dem Negoce concurriret und diese Gelder mit übertragen, vom 19 Febr. 1781 eine zwar unangenehme, jedoch unvermeidliche Ausgabe genennet.

Spec.

Spec. Protoc. zum IIIten Abschnitt 26ste Beschuld. S. 8. bis Ende.

Daher gestalten Sachen nach sämtliche dem Denunciat desfalls gemachte Imputata grundlos und boshaft sind;

ad 1) die Fertigung einer Deduction in der Paderbornischen Sache mit Wissen und Genehmigung sowol des Regierungscollegii, als der Hochgräflichen Vormundschaft, dem Canzler von Selchow durch Denunciaten übertragen,

Spec. Prot. zum IIIten Abschnitt 29ste Beschuldig. S. 4.

sothane Arbeit auch nicht mit 1000 Rthl. sondern mit 750 Rthl. bezahlt worden,

Anl. F. F. zum cit. Spec. Prot.

darneben es allerdings rathsam gewesen, nach dem Beispiel anderer Höfe, in einer das Hochgräfliche Haus nicht nur, sondern auch das Land so sehr interessirenden Sache eine Deduction durch einen auswärtigen angesehenen Rechtsgelehrten fertigen zu lassen, immaßen eines Theils das Urtheil eines solchen von keiner Parthey abhängigen Mannes schon an sich mehr Eingang, als das eines eigenen Dieners findet, andern Theils es nicht eines jeden, sonst sein Fach noch so gut füllenden Raths und Dieners Werk ist, Deductionen, worzu ausgebreitetere Kenntnisse in

den Rechten, der Geschichte und besonders der Reichs-Praxis, als zu einem guten und brauchbaren Rath erforderlich, dergestalt auszufertigen, daß sie dem Publikum und besonders dem höchsten Gericht, wo die Sachen anhängig, Genüge leisten, auch dritten Theils die Ausarbeitung durch ein Regierungsglied dieses von der Besorgung seiner Amtsgeschäfte abgehalten, und dadurch Unordnung und Aufenthalt verursacht haben würde, mithin auch diese Beschuldigung nichts auf sich hat;

ad m) vom Jahr 1782, wo erst das Münzen seinen Anfang genommen, bis zum Jahr 1788 mit 460 Rthl. 35 gr. ½ pf. reinem Profit *) gemünzet worden;

Anl. G. G. zum Spec. Prot. des IIIten Abschnitts, 31ste Beschuld.

es auch denen, die das Münzwesen zu dirigiren haben, nicht zur Last geleget werden mag, daß nicht mehr gewonnen worden, da, nach Vorschrift der Reichsgesetze,

Reichsabsch. vom Jahr 1570 §. 132.

das Münzregal von denen, welchen es zustehet, nicht zu ihrem selbst gesuchten Vortheil, sondern dem Reich zu Ehren und Vortheil gebraucht werden soll; und, wenn

*) Von der ausgeprägten Scheidemünze.

wenn schon die Schlußrechnung bis 1790 noch rückständig, sich doch aus der zu den Acten gegebenen summarischen Berechnung

Anl. G. G. zum cit. Spec. Prot.

so viel übersehen läßt, daß auch nach 1788 nicht mit Schaden gemünzet worden, gleichwie auch aus der bey den Acten befindlichen Silber- und Kupfer-Einkaufsberechnung

Anl. H. H. ebendaselbst

abzunehmen, daß die Mark fein Silber nicht höher als mit 13 Rthl. 10 gr. bezahlt worden, folglich die wegen der Münze vorgebrachte Beschuldigung, gleich den übrigen, wahrheitswidrig ist,

ad 4) und insonderheit

ad a) Sereniſſimus im einem Erlaß an die Regierung vom 4 September 1789

Anl. a. zum Spec. Prot. des IVten Abschn. 2te Beschuld.

mittelst dessen Sie der Regierung ihr pflichtmäßiges Gutachten über die vorhabende Auswürkung der Erhebung in den Fürstenstand abgefordert, geäußert, wie es schon seit Jahren Ihr Gedanke und Wunsch gewesen, Sich beym Regierungsantritt, wegen der so sehr heruntergekommenen Grafenwürde, und da Sie der Fürstlichen Würde wegen keinen neuen Aufwand nöthig hätten, in den Reichs-

fürstenstand erheben zu lassen, die Regierung auch in ihrem darob erstatteten Gutachten

Anl. b. zum cit. Spec. Prot.

die Standeserhöhung aus den angeführten Gründen angerathen, mithin auch hierbey dem Denunciat nichts zur Last fällt, hingegen die denunciantische Bosheit aus der desfalsigen Beschuldigung augenscheinlich hervorleuchtet;

ad b) dem Obermarschall von Donop, der doch den Fürsten allenthalben und auch nach — begleitet hat, von einer — Reise — nichts bekannt

Anl. c zum Spec. Prot. des IVten Abschn. 3te Beschuld.

einfolglich Denunciat weder dergleichen Reise, noch durch diese Sereniſſimi Krankheit veranlasset haben kann, vielmehr leztere, denen bey den Acten hin und wieder befindlichen abgebrochenen Nachrichten zufolge, durch ganz andere Umstände und Verhältnisse verursachet und Denunciat eben durch seine wohlgemeynte darwider gethane so submisse, als nachdrückliche Vorstellung

Anl. d. zum cit. Spec. Prot.

sich eben die Ungnade, die ihn zeither so sehr niedergedrückt, zugezogen haben mag, gestalten Er noch kurz vorher die volle Gnade seines Fürsten genossen hatte;

Anl.

Anl. e. f. g. zum nemlichen Prot.

ad c) Sereniſſimus bey Deto Aufenthalt auf der Academie zu Leipzig, als ein dereinſt regierender Reichsgraf, und noch mehr in Rückſicht der ſchon damalen intendirten Standeserhebung, ohne einen Hofmeiſter vom Stande oder Range, mehrere Domeſtiquen und Equipage mit Ehren nicht leben konnten, und da nun nicht nur überhaupt es daſelbſt wegen des überſchwenglichen Luxus theurer, als anderwärts, ſondern Sereniſſimus auch alle Collegien privatiſſime gehöret, und allein für dieſe in circa alljährlich 1000 Rthl. ausgegeben worden,

Spec. Prot. des IVten Abſchn. 6 Beſchuld. Seite 10.

ein jährlicher Aufwand von 6-7000 Rthl. für übermäßig nicht zu achten, wenigſtens aber, wenn ja in Anſehung der Collegien und ſonſt einiges Erſparnis zu machen geweſen, ſolches nicht dem Denunciat, ſondern dem Hofmeiſter zur Verantwortung gereichet, da dieſer von des Herrn Erbgrafen Fähigkeiten und beſonders deſſen Empfänglichkeit im Lernen, auch von den local Umſtänden in Anſehung des übrigen Aufwandes am beſten unterrichtet geweſen, hingegen Denunciat bey deſſen Compte rendu ſich immer auf ihn verlaſſen muſte;

ad d) die Hammerſteinſche Sache anfänglich

bey

bey Fürstlicher Kammer, als aber darüber Rechtsstreitigkeiten entstanden, bey Fürstlicher Regierung und zwar noch bey Lebzeiten, auch mit Wissen und Genehmigung des Hochseel. Herrn Grafen Simon Augusts bis zur Deposition der Hammersteinschen Forderung zu Detmold verhandelt worden,

Anl. h. i. k. l. n. und o. zum Spec. Prot. des IVten Abschn. 10te Beschuld.

verfolglich, wenn auch dabey etwas versehen wäre, solches doch abermalen dem Denunciat allein, und zwar als Würkung seines Eigensinnes zur äußersten Ungebühr beygemessen werden würde; inzwischen nicht zu verkennen ist, daß der von Hammerstein Fürstliche Kammer nach geschehener Loskündigung des im Jahr 1748 in (nach dem Leipziger Fuß die Mark zu 12 Rthl. ausgeprägten) $\frac{2}{3}$ Stücken erborgten Capitals von 31000 Rthl. und acceptirter dessen Wiederbezahlung in vollwichtigen unter Louis XIV geprägten Louisd'or, sehr willkührlich und unbillig behandelt, deswegen auch dieser nicht zu verdenken gewesen, daß sie zur Deposition geschritten; da aber der von Hammerstein hierwider bey dem Kaiserlichen und Reichskammergericht ein Mandatum s. c. ausgebracht, und solches, der dargegen eingereichten Exceptionum sub- & obreptionis ohngeachtet, bestätiget, auch die

die darwider aus nicht unerheblich scheinenden Gründen eingewandte Restitutio in integrum

Anl. m. zum cit. Spec. Prot.

abgeschlagen worden, am Ende freylich nichts übrig gewesen, als den Gläubiger in Ansehung seiner Forderung mandatmäßig zu befriedigen, und also nicht nur die dazu nöthigen $\frac{2}{3}$ Stücke mit $8\frac{1}{2}$ Procent aufzuwechseln, sondern auch die Zinsen auf die Zeit, da die Gelder in deposito müssig gelegen, mit zu bezahlen, dadurch und durch andern der Sache wegen gemachten Aufwand aber einen beträchtlichen Schaden von in circa 9000 Rthl. über sich zu nehmen, der jedoch der Regierung und Kammer so wenig zu imputiren, daß es ihnen vielmehr zur Verantwortung hätte gereichen können, wenn sie des von Hammersteins willkührlicher Behandlung sofort, und so zu sagen ohne Schwerdstreich, hätten nachgeben, und damalen einen obgleich geringeren Schaden freywillig über sich nehmen wollen, gestalten Räthen und Dienern, besonders aber Collegien, wenn sie nach innerer Ueberzeugung mit erforderlichem Fleiß in guter Absicht gehandelt, nichts beyzumessen, wenn gleich der Ausgang ihrer Absicht nicht entsprechen sollte;

Leyser Spec. DLXX. Medit. 28.

daher

daher denn Denunciat von dieser Beschuldigung noch weit mehr frey zu sprechen;

ad e) die Commission in den Acten nichts, so dieser Beschuldigung den mindesten Anschein geben können, vorgefunden hat,

Spec. Prot. zum IVten Abschn. 12 Beschuld. Seite 3,

einfolglich, da dieselbe auch ohne alle specielle Angabe ganz generell hingeworfen ist, sie gar keine Beachtung verdienet, sondern in einer bloßen Calumnie bestehet;

ad f) der von der Commission gelieferte umständliche Actenextract

Spec. Prot. zum IVten Abschn. 16 Beschuldigung S. 14 und folgg.

und die darneben liegenden Actenstücke

Anl. r. s. t. u. v. w. und x. zum cit. Prot.

zur Gnüge bewähren, daß α) die beym Kaiserlichen Reichshofrath gegen Schaumburg-Lippe erstrittene Abtretung der Hälfte von beyden nach Abgang der Schaumburg-Lippe-Bückeburgischen Linie an sich genommenen Aemter Blomberg und Schieder, nicht eher, als nach vorgängiger genauer Eruirung der Revenüen beyder Aemter geschehen können, β) hierzu eine Local-Commission, und γ) die größte Accu-

ratesse

rateſſe um ſo nöthiger geweſen, als beyde hohe Theile ſich dahin vereinigt gehabt, daß Lippe-Detmold die Abtheilung machen, und Schaumburg-Lippe wählen ſolle; folglich d) das Abtheilungsgeſchäfte wegen ſeiner Schwere und Weitläuftigkeit, maßen dabey ganze Karren Acten und Rechnungen durchgangen und benutzet werden müſſen, geraume Zeit erfordert, zumal mit unter Hinderniſſe in den Weg gekommen, annebſt e) die darzu von dem Hochgräflichen Herrn Vormund Selbſt ernannten Commiſſarien, Regierungsrath König und Juſtiz- und Kammerrath Helwing

Anl. q. zum cit. Spec. Prot.

ſich, unter ſteter Direction der Regierung, des Auftrags mit dergeſtaltiger Genauigkeit entlediget, daß ihnen ſolche der Gegentheil ſelbſt zu atteſtiren,

Anl. a. a. zum cit. Spec. Prot.

kein Bedenken gefunden, wie ſie denn auch f) inſonderheit bey Beſtimmung des jährlichen Betrags der unbeſtändigen Gefälle den gewöhnlichern und ſicherern Weg durch Summirung deren zwanzigjährigen Ertrags und Ausmittelung des zwanzigſten Theils dieſer Summe, dem weniger bräuchlichen und gefährlicheren, deſſen die Commiſſion umſtändliche Erwähnung thut,

Spec. Prot. zum IVten Abſchn. 16te Beſchuld. S. 42 mit

mit Recht vorgezogen, da dieser zu sehr von der Kenntnis und dem Urtheil des Anschlagsverfertigers abhängt und also sehr willkührlich ist, auch leichtlich zu unnützen Bedenklichkeiten und Aufenthalt die Veranlassung geben kann; η) das ganze Abtheilungsgeschäfte mit 5333 Rthl. 6 gr. — wovon die eine Hälfte die Kammer, die andere die Landcasse getragen, und die Diäten der Commissarien beyläufig 1000 Rthl., welche die Stände ohne allen Anstand zur Hälfte bezahlen lassen, betragen, das übrige aber in Meyerey- und Waldvermessungs- auch Taxations- Rechnungs- Berichtigungs- und anderen Kosten und Auslagen bestehet,

Anl. y. zum cit. Spec. Prot.

zu Stande gebracht, dabey θ) zwar auch die Bäume, doch nicht von der Commission, sondern vom Forstverwalter Pählig und den Oberförstern Hooff und Schmidt,

Anl. x. zum nemlichen Prot.

gezählet worden, solche aber auch gezählet werden müssen, da die Waldungen in Eichenwaldungen *) bestehen, und die Eichen von sehr verschiedener Stärke,

*) Sie bestehen zwar in Eichen- und Büchenwaldungen; aber nur in jenen geschah die Taxation mittelst tabellarischer Aufnahme des specifiken Vorraths, in diesen hingegen nach Probe-Morgen.

Stärke und Eigenschaft in Ansehung der Benutzung sind,

Taxationstabelle des Eichenholzvorraths im Oehlberge 1787 als Beylage zur Anl. x.

mithin außerdem eine möglichst gleiche Abtheilung gar nicht hätte geschehen können; endlich ι) den Ersatz der, seit 1777 von Schaumburg-Lippe erhobenen Früchte, Lippe-Detmolder Seits — bis hieher noch nicht zu bewerkstelligen gewesen,

Spec. Prot. zum IVten Abschn. 16te Beschuldigung S. 30-40.

daher auch diese Beschuldigung den Denunciat in keinem Stücke im mindesten treffen kann;

ad g) überhaupt nicht abzusehen, wie die Verbindung des Regierungsdirectorii mit dem Kammerdirectorio an sich von schädlichen Folgen seyn müsse, vielmehr solche, wenn nur das Subject, in dem beyde vereint sind, zu beyden die erforderlichen Eigenschaften und Zeit hat, daraus mancherley Vortheile in Abkürzung der Geschäfte und Erhaltung guter Harmonie entspringen können, wie denn die Commission versichert, daß bereits vor Denunciaten der Geheime Rath von Hillensberg beyderley Directoria mit dem besten Erfolg geführet, auch deshalb die im Jahr 1774 zur Regulirung des Finanzwesens deputirten Räthe und Landstände wieder

auf die Vereinbarung beyder Directorien in der Person des Denunciaten angetragen, und ihr, der Commmission, einiges Unheil, so daraus entstanden, nicht bekannt sey;

Spec. Prot. zum IVten Abschn. 18te Beschuld. S. 4. und folgg.

endlich ad 5) und zwar

ad a) der Vergleich zwischen Paderborn und Lippe-Detmold in der Sternberger Sache bereits am 3 Decembr. 1787 abgeschlossen, und den 16 und 21 Jenner 1788 beiderseits ratificirt.

Spec. Prot. zum Vten Abschn. 27te Beschuld. S. 10.

dem Paderbornischen Geheimen Rath Meyer aber, als jenseitigen Commissario zur Vergleichsunterhandlung, erst unter dem 1ten Februar 1788 Detmoldischer Seits ein Geschenk von 2000 Rthl. für seine ernstliche Mitwürkung zur Zustandbringung des Vergleichsgeschäfts durch Denunciaten schriftlich offerirt, solches von Demselben auch angenommen, und dargegen von Seiten seines Hofs dem Denunciat, als Detmoldischen Commissario, ein gleichmäßiges Geschenk angeboten,

Anl. a. Num. 1. zum cit. Spec. Prot.

auch der vom Denunciat, unter Anführung der deshalb zu besorgenden Vorwürfe, beschehenen Verbittung

bittung ohnerachtet, Paderbornischer Seits mit Aeußerung einiger Empfindlichkeit auf dessen Annahme bestanden,

Num. 2. der cit. Anl. a.

und solche von dem Hochgräflichen Herrn Vormund nicht nur genehmiget, sondern so gar auch befohlen worden;

Num. 5. der nemlichen Anl.

bey solcher Bewandniß der Sache aber dem Denunciat desfalls um so weniger etwas vorgeworfen werden kann, als es einem zu Berichtigung eines wichtigen Geschäfts mit einem Auswärtigen gebrauchten Rath und Diener unverwehrt ist, nach vollendetem Geschäfte von jenem ein solchenfalls nicht ungewöhnliches Geschenk anzunehmen, im Fall es ihm von seinem Herrn nicht ausdrücklich untersagt worden,

Leyser Spec. DLXX. Medit. 40. 41.

mithin die Annahme eines solchen Geschenks desto unbedenklicher ist, wenn sie der eigene Herr des Beschenkten genehmiget oder wol gar befohlen hat; daß aber die mutuellen Geschenke während der Unterhandlungen verabredet gewesen, worauf wol die calumniantische Beschuldigung gemeynet ist, als eine schändliche und neben Denunciaten auch zugleich den Paderbornischen Commissarium auf das gröbste

beleidigende Handlung, zumal von verpflichteten und in hohen Posten stehenden Männern, ohne hinlänglichen Beweiß sich gar nicht gedenken läßt;

ad b) bey Einführung der zur Bezahlung der Paderbornischen Vergleichsgelder von den Ständen bewilligten Personensteuer unter andern festgesezt worden, daß derjenige, welcher in zwey Classen vorkomme, nur in eine seinen Beytrag erlegen solle,

Sammlung der Landesverordnungen der Grafschaft Lippe III Band, Num. CXII. S. 284.

daher denn deme gemäs Denunciat, der sowol in die Classe der Diener, als wegen seines besitzenden Ritterguths Brake in die Classe der Ritterschaft eingetragen gewesen, nach dem Fuß der lezteren zur Mitleidenheit gezogen worden,

Spec. Prot. zum Vten Abschn. 28te Beschuld. S. 10.

Er auch hiernach zum ersten Termin vom 1sten October 1788 bis 1sten April 1789 11 Rthl. 4gr. entrichtet,

Anl. b. zum cit. Spec. Prot.

nachher aber, da sich gefunden, daß zur Abführung jener Vergleichsgelder die 16jährige successive, oder 10½jährige pränumeratorisch in den zwey ersten

Ter-

Terminen erfolgende Bezahlung zureiche, denen Contribuenten unter diesen beyden Zahlungsarten die Wahl gelassen und darauf von vielen derselben, insonderheit auch von der gesammten Ritterschaft, die lezte Art erwählet worden; immaßen diese sich zur Vorausbezahlung des ganzen Betrags der Personensteuer von ihren sämmtlichen Mitgliedern verstanden, dessen Repartition unter sich aber nicht nach den tabellarischen Ansätzen *), sondern nach dem Fuß ihrer alten Rittermatricul beliebt, und dadurch zufälliger Weise veranlasset hat, daß der Denunciat, dessen Guth Brake in der Rittermatricul im Verhältniß gegen andere geringer angesetzet, mit einem geringern Beytrag, als dem Tabellarischen, zu dem ritterschaftlichen Aversional-quanto concurriret,

cit. Spec. Prot. S. 12. folgg.

so jedoch dem Denunciat um so weniger für eine Eigennützigkeit auszudeuten, als diese Einrichtung gar nicht von ihm, sondern von einem gemeinschaftlichen Schluß sämmtlicher von der Ritterschaft herrühret, am wenigsten aber die Denuncianten berechtiget, Ihm darüber diese gehässige Beschuldigung

*) Nemlich nach den Classen des Edicts wegen der Personensteuer.

zu machen, da dem Personensteuer-Stock darunter, ohne Prägravation anderer Contribuenten, als der darüber einverstandenen Ritterschaft, nicht das mindeste abgehet; daß also die desfalsige Beschuldigung in einer wahren Zudringlichkeit und boshaften Verläumdung bestehet;

ad c) der Commission außer des Denunciaten Reisen nach Dessau und Leipzig zu dem damaligen Herrn Erbgrafen und einer nach Wezlar und Wien zu Betreibung der dortigen Haus- und Landesprocesse keine weiteren bekant sind, zu ersteren aber Denunciat, neben der hohen vormundschaftlichen Genehmigung, als Mitvormund, der von der guten Erziehung des Herrn Erbgrafen ohne mehrmalige Besuche Desselben keine Gewisheit haben konnte, gewissermaßen verpflichtet gewesen, und gegen leztere ohnehin mit Grund nichts einzuwenden ist;

Spec. Prot. zum Vten Abschn. 30te Beschuld. S. 3. folgg.

mithin auch diese Beschuldigung die bloße Schmähsucht der Denuncianten zur Ursache hat;

ad d) Denunciaten der Vorwurf quäst. eigentlich wegen dreyerley aus zerschlagenen Meyerey- und Hofgütern gemachter Acquisitionen, nemlich wegen α) des Lipsmeyerschen Gehölzes und 11 Schffl. 4 Metzen Landes, β) des Blatgerstischen Gehölzes,

und

und γ) des Freytagischen Gehölzes und zweyer daran gelegenen Kämpe, gemacht wird, als welche Er von den ehemaligen darauf gewesenen öffentlichen Abgaben frey besitzet; diese Befreyung aber von Ihm ohne die mindeste Prägravation der übrigen Unterthanen rechtmäßig erworben ist, indem ad α) der Lipsmeyersche Halbspännerhof unter Direction der Fürstl. Kammer im Jahr 1778 vereinzelt, das darein gehörig gewesene Holz und Land, so Denunciat besitzet, nachdem die Contribution davon auf die aus dem Hof gemachten Colonate verlegt gewesen, zum erbmeyerstädtischen Verkauf contributionsfrey (excl. 4 Schfls. so nach Lemgo contribuabel) öffentlich ausgeboten und vom Denunciat, als dem Meistbietenden, erstanden worden;

Spec. Prot. zum Vten Abschn. 32. Beschuld. S. 13. folg.

ad β) auf gleiche Weise es sich mit dem Blatgerstischen Gehölze verhält;

cit. Spec. Prot. S. 15.

und obschon im Jahr 1784. Denunciat diese beyderley Acquisitionen von denen darauf gelegten Erbpachtzinsen gegen Erlegung des Capitals derselben zu 3 pro Cent mit 740½ Rthl. losgekaufet, solches jedoch nur unter dem Vorbehalt der Revocation des damaligen Herrn Erbgrafen geschehen und

also diese Befreyung dem Widerruf unterworfen ist;

cit. Spec. Prot. S. 16. und Anl. c.

ad γ) der Freytagische Hof zu Denunciats Guthe Brake herkömmlich gehöret, und da solcher unter Landesobrigkeitlicher Auctorität ebenfalls zerschlagen, dessen Theile öffentlich versteigert und vom Denunciat das Gehölz samt zwey Kämpen, als Meistbietendem; vom Hofeigenthümer Freytag selbst aber das daraus neuformirte erste Groskötter-Colonat erstanden worden, jener mit diesem vor dem Amte Brake sich dahin vereiniget hat, daß ersterer die auf des letztern Holz und Kämpen liegende Contribution gegen Erlaß der gutsherrlichen Gefälle, mit 30 gr. Ueberschuß übernommen;

cit. Spec. Prot. S. 19. und Anl. d.

folglich auch hieraus abzunehmen, daß dem Denunciat, als habe Er seine Bauergüter zur Prägravation anderer von gemeinen Lasten frey gemacht, zur größten Ungebühr vorgerücket worden;

ad ε) überhaupt aus den guten Vermögensumständen eines Dieners und Ministers vernünftiger Weise kein Verdacht einer treulosen Amtsverwaltung genommen werden kann,

L. 10. C. arbitr. tutel.

Leyser Spec. cit. Med. 34.

am allerwenigsten aber, wenn derselbe allenthalben, wie Denunciat, die ihm gemachte Beschuldigungen von Eigennutz und Treulosigkeit hinlänglich von sich abgelehnet, und die darob angestellte Untersuchung vielmehr das Gegentheil bewähret hat, hierbey es auch über alle Glaubwürdigkeit gehet, daß ein solcher Mann, aus Ahndung! bevorstehender Verantwortung, sein Vermögen in ausländische Banken geben sollte; falls er aber auch Capitalien dahin giebt *), daraus doch auf eine so argliſtige Ursache um so weniger geschlossen werden kann, wenn er darneben, wie Denunciat, im Lande ansehnlich begütert ist, übrigens es in mancherley Betracht Dienern und Unterthanen, sich mit dem Landesherrn und dessen Kammer in Credit-Geschäfte einzulassen, besonders solchen, die selbst zur Verwaltung Herrschaftlicher Revenüen angestellt sind, bedenklich seyn kann, und wenigstens keinem, daß er sich mit andern in solche eher als mit seinem Herrn und dessen Kammer eingelassen, zur Verantwortung gereichen mag; endlich

ad f) des Herrn Fürsten Durchl. dem Denunciaten aus eigener Bewegung und gegen alle dessen Erwartung ein Decret vom 15 Decemb. 1789 unter

*) Welches jedoch bey mir nie der Fall, diese Beschuldigung also auch Lüge war.

unter höchsteigener Unterschrift und Ders Siegel, mittelst dessen des Denunciaten dereinstigen Wittwe jährlich 1000 Rthl., jedem Sohne bis zur Volljährigkeit und jeder Tochter bis zur Verehlichung resp. 200 Rthl. und 250 Rthl. Pensionen zugesichert worden, in den gnädigsten Ausdrücken zustellen lassen,

Anl. e. Num. I. zum Vten Abschnitt 33ste Beschuld.

Denunciat aber solche, mit Anführung der triftigsten Gründe und besonders auch des Vorwurfs des Mißbrauchs der Gnade und des Eigennutzes, imgleichen der verschuldeten Kammerumstände, bis auf 500 Rthl. für Wittwe und Kinder zusammen, auf das dringendste und mit der Aeußerung, daß Er, wenn Serenissimus keine Abänderung träfen, seiner Wittwe und Kindern die Annahme eines mehreren verbieten würde, verbeten und das Decret beygeschlossen;

Num. 2. der Anl. e.

gleichwol Serenissimus in einem Billet, mit Wiederbeyschluß des Decrets und mit den Aeußerungen:

Was ich einmal schlechterdings beschließe, dabey muß es doch bleiben — denn mein Wort

kann

kann ich auch Ihnen zu Gefallen nicht brechen — also kein Wort weiter;

darauf durchaus bestanden, —

Num. 3. der Anl. c.

und darauf Denunciat jenes Verbot an seine Wittwe und Kinder bey Fürstlicher Regierung und Kammer niedergeleget;

Anl. e. ohne Nummer.

daher es abermalen schändliche Calumnie ist, daß Denunciat durch fälschlich vorgebildete Armuth die zugedachten Pensionen Sereniſſimo abgelistet haben soll, solchemnach aber sämtliche, dem Denunciat von den Denuncianten gemachte, darzu größtentheils sehr harte Beschuldigungen, der von der Commission mit möglichstem Fleiß und Genauigkeit, auch Unpartheylichkeit, wie die daraus zur Entscheidung genommenen Resultate ergeben, angestellten mühsamen Untersuchung ohngeachtet, ungegründet und darneben sehr beleidigend sind, mithin

ad III. dem Denunciat derentwegen um so mehr gebührende Genugthuung zu Theil werden muß, als des Landesherrn eigene Ehre darunter leidet, wenn seine Diener, vornemlich in Amtssachen, angetastet und verläumdet werden.

Myler ab Ehrenbach Hyparchol. Cap. VIII. §. 31.

deshalb auch jede dergleichen Beleidigung eine Injuriam atroeem ausmachet,

Id. loc. cit. §. 31.

und gegen andere Injurien härter bestrafet wird; inzwischen die Landstände dadurch, daß sie sich vornemlich der Beschuldigung, als habe Denunciat die Landtagsfähigen Güter auskaufen wollen, mit angenommen und vorzüglich deren Untersuchung betrieben, dennoch solche nicht für wahr ausgegeben, sondern nur ein Mißtrauen gegen Denunciaten zu erkennen gegeben, und es daher zur Ergänzung der Ehre des Denunciaten hinreichend ist, wenn sie gegen Ihn außergerichtlich zu erkennen geben, daß sie ihn desfalls für unschuldig halten und keinen weiteren Verdacht hegen; dagegen der Rath und Hofgerichtsassessor Müller mehrere in den Denunciationen enthaltene ehrenrührige Beschuldigungen für gegründet und erweislich ausgegeben, auch derentwegen selbst verschiedenes suppeditiret hat, und also derselbe dem Denunciat, wegen der ihm dadurch zugefügten Beleidigung, Abbitte und Ehrenerklärung, jedoch zu Schonung seines Standes ebenfalls nur außergerichtlich und schriftlich zu leisten, und hierüber 20 Rthl. zur öffentlichen Strafe zu erlegen

hat,

hat, die Deputirten aber, als die sich die mit schändlichen Schmähungen angefüllte Denunciation durch deren Unterschrift und Ausbreitung zu eigen gemacht, mit Zuchthaus- oder anderer dieser gleichkommender Strafe zu belegen sind, es wäre dann, daß sie den ihnen im Urtel nachgelassenen Eyd abzuschwören vermöchten, als welchenfalls ihnen allerdings eine beträchtliche Strafminderung nicht zu versagen,

Leyser. Spec. DXLVII. Medit. 21.

endlich

ad IV. der Hochseel. Herr Graf Wilhelm nebst den sogenannten Deputirten, vermöge ihrer Namensunterschriften, für die Autoren der beiden Denunciationen zu halten, und da lediglich dadurch die Untersuchung veranlasset worden, immaßen die Stände und der Rath Müller nur einigen der denunciirten Vergehungen accediret und also dadurch keine besonderen Kosten verursachet haben, ohne deren Concurrenz die ersteren und resp. Dero Erben die Untersuchungskosten zu tragen schuldig sind, gestalten, was des gedachten Herrn Grafen Antheil betrift, der Tod zwar in Ansehung verbothener Handlungen ordentlicher Weise von der Strafe, nicht aber von dem Schadens- und Kostenersatz aus dem Nachlasse befreyet,

Cap. 28. X. de Sentent. excomm.

Faber.

Faber. Cod. Sab. Lib. IV. Tit. 12. Def. 1.
Boehmer de expenſ. crim. Cap. III. §. 7.
Exerc. ſuar. Tom. VI. pag. 358.

Hierwider auch des verſtorbenen Herrn Denuncianten Immedietät in keinen Betracht kommt, da ein Denunciant im Grunde die Stelle des Klägers vertritt, und daher jener wegen einer frivolen Denunciation ſo gut, als dieſer wegen einer frivolen Klage, vom Judice cauſae, wenn er auch in Anſehung der Perſon des Klägers incompetent, in die Proceßkoſten condemniret werden kann;

So iſt demnach, wie im Urtel enthalten, nicht unbillig erkannt worden.

Ordinarius, Decanus, Senior und andere Doctores der Juriſten-Facultät der Univerſität Jena.

Concordat cum originali
Schnitger
Actuar. Commiſſ.

Anla-

Anlage A.

Actum Lemgo den 27ten August 1790.

In der auf heute veranlaßten Conferenz der unterzeichneten ordentlichen Landständischen Deputirten von Ritterschaft und Städten wurde mit vieler patriotischer Theilnahme in Ueberlegung gezogen, wie man aus dem leztern Lippischen Intelligenzblatt, auch aus andern sichern Nachrichten in Erfahrung gebracht, daß der Herr Oberamtmann Hoffmann zu Vahrenholz unvermuthet seine Dimission erhalten habe, und daher dessen Bruder, der Herr Präsident von Hoffmann, gleichfalls gewillet seyn solle, seine Verabschiedung nachzusuchen.

Da man nun billig zu befürchten, daß, wenn wohlgedachter Herr Präsident diesen Schritt würklich vornehmen solte, solches einen sehr wichtigen und besorglichen Einfluß auf die Landkasse-Administration sowol, als das ganze Landes-Finanz- und Regierungs-Wesen habe, und dessen Stelle vorjezt wohl schwerlich wieder mit einem Manne von seinen Verdiensten und patriotischem Diensteifer zu ersetzen seyn werde, und daher sämmtliche Stände von Ritterschaft und Städten gewiß die gröste Ursache

sache hätten, seine Erhaltung zu wünschen; so wurde Pflichten halber beschlossen, Denselben durch Mittheilung dieses Protocolls aufs inständigste zu ersuchen, von seinem obigen Vorhaben bei gegenwärtiger Lage der Sache um desto mehr Abstand zu nehmen und dem Vaterlande seine nüzlichen Dienste nicht ferner zu entziehen, als sie nicht zweifelten, daß des regierenden Landesherrn Hochfürstl. Durchl. auf geschehende zweckmäßige Vorstellung gewiß gnädigst geneigt seyn würden, die Ursache seines Mißvergnügens nach Möglichkeit huldreichst Landesväterlich wieder zu heben.

Actum ut supra.

F. A. v. Kerßenbruch. v. Blomberg.
Anzen. Heldmann.

Anlage B.

„Kammergerichtliches Decret in Sachen von Hoffmann wider den Herrn Fürsten zur Lippe, auf Doctoris Hofmann Supplik pro Mandato &c. vom 30ten October 1790.

Noch zur Zeit abgeschlagen; sondern soll wegen dieses eingeklagten, nach den vorgelegten Original-Rescripten und Decreten des imploratischen Herrn Fürsten, äußerst auffallenden Verfahrens, gedachtem Herrn Fürsten, seinen umständlichen Bericht, in Zeit drei Wochen an dieses Kaiserl. Kammergericht

richt verschlossen einzuschicken, zugeschrieben werden. Immittelst aber wird dem Herrn Imploraten, pendente lite den Imploranten in der Fortsetzung seiner Amtsverrichtungen und dem Bezug der ihm ausgeworfenen Besoldung und übrigen Utilitäten nicht zu stören, hiermit alles Ernstes und bei Strafe vier Mark Goldes anbefohlen; auch zu dessen persönlichen Sicherheit das gebetene Mandatum protectorium auf den Herrn Herzogen zu Cleve erkannt. In Consilio 5 Novembris 1790.

Anlage C.

Wir Leopold der Zweyte, von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, König in Germanien, und zu Jerusalem, Ungarn, Böheim, Dalmatien, Croatien, Sclavonien, Galizien und Lodomerien, Erzherzog zu Oesterreich, Herzog zu Burgund und zu Lothringen, Großherzog zu Toscana, Großfürst zu Siebenbürgen, Herzog zu Mayland, Mantua, Parma, gefürsteter Graf zu Habsburg, zu Flandern, zu Tyrol ꝛc. ꝛc.

Fügen Euch sämmtlichen Unterhanen der Grafschaft Lippe-Detmold hiemit zu wissen, daß an Unserm Kaiserlichen Kammergericht auf die durch

Anwald des Edlen, Unseren und des Reichs lieben Getreuen, Ludwig, Grafen zur Lippe, übergebene Supplicationes vermittelst nachstehenden unter heut Endes gesetztem dato ertheilten Decrets diese Unsere Kaiserliche Litterae Patentes wider Euch erkannt worden;

Tenor Decreti:

Sind die gebetenen Litterae Patentes dahin, daß die Unterthanen der Grafschaft Lippe-Detmold sich still und ruhig verhalten, dem von diesem Kaiserlichen Kammergerichte authoritate caesarea zum Interims-Curator des kranken Herrn Fürsten Leopold zur Lippe und zum Landes-Administrator einstweilen ernannten Herrn Ludwig, Grafen zur Lippe, in solcher Eigenschaft allen schuldigen Respect und Gehorsam leisten, die von der Regierung und den Ständen in Gemäsheit des Landesvertrags vom Jahr 1667 anzustellende Wahl eines Curatoris besagten Herrn Fürstens nicht behindern, sich der Wiedereinsetzung des Präsidenten von Hoffmann, Hofmarschalls von Donop, Oberamtmanns Hoffmann und Justizraths Helwing auf keinerley Weise widersetzen, noch sich sonst einigen Ungehorsams und Aufwiegelung schuldig machen, bey sonst unfehlbar zu gewärtigendem ernstlichen Einsehen und Bestrafung, hiermit erkannt.

Dann

Dann wird das per decretum vom 5ten Novembris ad Supplicas des Präsidenten v. Hoffmann auf den Herrn Herzogen zu Cleve erkannte Mandatum de manutenendo auch auf gegenwärtigen Fall hiermit erstreckt. In Consilio 23tia Decembris 1790.

In Gemäsheit obgedachten decreti befehlen Wir demnach aus Römisch-Kaiserlicher Macht, auch Gericht- und Rechtswegen Euch Eingangs erwehnten Unterthanen sämmtlich, und einem jeden insonderheit, hiermit ernstlich, daß Ihr alsbald nach Verkündung dieses euch still und ruhig verhalten, dem von Unserm Kaiserlichen Kammergericht authoritate caesarea zum Interims-Curator des kranken Fürsten Leopold zur Lippe Liebden, und zum Landes-Administrator einstweilen ernannten Ludwig, Grafen zur Lippe, in solcher Eigenschaft allen schuldigen Respect und Gehorsam leisten, die von der Regierung und den Ständen in Gemäsheit des Landesvertrags vom Jahr 1667 anzustellende Wahl eines Curatoris besagten Fürstens Liebden nicht behindern, Euch der Wiedereinsetzung des Präsidenten von Hoffmann, Hofmarschalls von Donop, Oberamtmanns Hoffmann und Justizraths Helwing auf keinerley Weise widersetzen, noch Euch sonst einigen Ungehorsams und Aufwiegelung schuldig machen, auch deme

allem also gehorsamlich nachkommen sollet, als widrigenfalls gegen Euch sämmtlich und einen jeden insbesondere mit sonst unfehlbar zu gewartendem ernstlichen Einsehen und Bestrafung verfahren werden solle.

Daran geschiehet Unser ernstlicher Wille und Meinung.

Darnach Ihr Euch sämmtlich und ein jeder insonderheit sich zu richten.

Geben in Unserer und des heiligen Reichs Stadt Wetzlar, den drey und zwanzigsten Tag Monaths Decembris, nach Christi Unsers lieben Herrn Geburt im Siebenzehnhundert und Neunzigsten Jahre, Unserer Reiche, des Römischen, im ersten ꝛc.

Ad Mandatum Domini
electi Imperatoris proprium

(L.S.) Hermann Theodor Moritz Hoscher
kaiserlicher Kammergerichts-Canzley-verwalter mpria.

Christoph Balthasar Kirschbaum
kaiserl. Kammergerichts-Protonotarius.

Litterae Patentes Caesareae
gegen
die Unterthanen der Grafschaft
Lippe-Detmold.

An-

Anlage D.

Kammergerichtliches Decret.

Ist Herr Ludwig Henrich Adolph, Graf zur Lippe, zum Vormund des blödsinnigen Herrn Fürsten Leopold zu Lippe-Detmold hiermit bestätiget, und Dr. Hoffmann auf vorgebrachte Specialgewalt, zu Abstattung des gewöhnlichen Vormundschafts-Eides und übrigen Solennien gelassen, auch darüber nothdürftige Urkunde erkannt; darauf dem ernannten Herrn Vormund, der ihm von den Ständen bey der Wahl gemachten Bedingung ohngeachtet, die Gebrüdere Hoffmann, in Gemäsheit dieses K. K. Gerichts-Verordnungen vom 5ten und 8ten November v. J. in ihre bekleidete Stellen ungesäumt wieder einzusetzen hiermit aufgegeben.

Demnächst läßt man es bey dem eigenen Erbieten des Herrn Vormunds, die gegen die Gebrüdere Hoffmann vorgebrachte Beschwerden nach derselben eigenem Verlangen und der Landstände Wunsch, rechtlicher Ordnung nach zu untersuchen, zwar lediglich bewenden; jedoch versiehet man sich zu gedachtem Herrn Vormund, Derselbe werde die Landstände anzuweisen, ihm vier unbefangene, mit keinem Theil in Verbindung stehende, diesem Geschäft

schäft vollkommen gewachsene, Vorwurfs-freye Personen, vorzuschlagen, und aus solchen zwey auszuwählen, diesen sofort die Instruction vorberührter Untersuchungssache, und dereinst die Transmission der Acten an eine auswärtige, nicht recusirte Universität, wie auch die Vollstreckung des einkommenden Urtels aufzutragen, von selbst geneigt seyn. In Consil. d. 22 Jan. 1791.

6444942

LH 48

Lippische Landesbibliothek
04395248